



Titelfoto:
J. Junker-Rösch

Übrigens...

Daß der neue Schulgesetzentwurf sachkundig diskutiert werden kann, ist auch das Verdienst der GEW BERLIN. Denn die Senatsschulverwaltung hatte zwar den neuen Entwurf über die Presse verkünden lassen, versäumte es aber, den Text auch den Schulen zuzuschicken. Man entzog sich dieser Pflicht mit dem Hinweis, daß der Text im Internet stehe. Die GEW BERLIN ist schließlich eingesprungen und hat tausend Exemplare des neuen Schulgesetzentwurfs aufgelegt, die sehr rege nachgefragt wurden und inzwischen vergriffen sind. Jetzt ist die Senatsschulverwaltung dran.

Die Rückseite der blz mit den Veranstaltungsankündigungen ist sehr beliebt. In der vorliegenden Ausgabe hatten wir einige Mühe, die zahlreichen Veranstaltungen auch unterzubringen. Man merkt: In dieser Gewerkschaft ist was los! Da wird aber nicht nur diskutiert, da wird auch gefeiert: Der „Tanz in den 1. Mai“ ist mittlerweile schon eine gute Tradition – die wir mit einer Ankündigung auf der Titelseite fördern wollen. Ab wann der Kartenvorverkauf läuft, steht in der nächsten Ausgabe der blz. **-wl**

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin im DGB, vertreten durch den Vorsitzenden Erhard Laube sowie den Schatzmeister Hans-Gerd Prause, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-0 / Fax: 21 99 93 50; e-mail: info@gew-berlin.de; Internet: http://www.gew-berlin.de
Verantwortlich: Peter Michael Rulff
Lyckallee 16, 14055 Berlin

Anzeigen und Verlag: GEWIVA-GmbH, Ahornstr. 5, 10787 Berlin 30, tel. 21 99 93-46 / Fax: 21 99 93 49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Es gilt die Preisliste Nr. 6 vom 1.11.98.
Satz und Layout: bleifrei Texte + Grafik, Friedelstr. 40, 12047 Berlin, tel.: 61 39 36-14; fax: 61 39 36-18;
Druck: Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin, Tel. 3 91 40 81.

Die blz (vormals: berliner lehrerInnenzeitung) erscheint monatlich. **Bezugspreise:** Jahresabonnement 35,- DM, Einzelausgabe 4,00 DM. Für Mitglieder der GEW BERLIN ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. **Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich die Kürzung von Beiträgen, insbesondere Leserbriefen, vor. Beiträge für die blz möglichst auf Diskette an die blz-Redaktion, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, schicken. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.**
Redaktion der blz:

Beate Frilling, Bettina Liedtke, Rosemarie Mummert, Hiddo Hidden, Peter Michael „Pit“ Rulff, Ralf Schiweck, Klaus Will.
ISSN-Nr.: 0944-3207 -02 1999 24.000

Inhalt

- 3** **Standpunkt ■ Personalien**
- 4** **Kurz und bündig**
- 5** **Post an die Redaktion**

Titel

- 6** Donata Elschenbroich **Der Bildungsauftrag des Kindergartens**

Schwerpunkt

- 8** **Gemeinsamer Unterricht – gemeinsame Erziehung**
- 9** Wolfgang Podlesch **Was denn nun, Frau Stahmer?**
- 10** Sylvia Sobel **Probleme mit der Integration**
- 11** Hedwig Matt **Sonder- und Integrationspädagogik**
- 13** Rainer Maikowski **Die Mühen der Ebene – SEK I**
- 14** Sabine Knauer **Tragende Pfeiler von Schulentwicklung**
- 15** Ina Geidel **Gemeinsam lernen – gemeinsam leben**
- 16** Hans Eberwein **Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts in Berlin**

Bildungspolitik

- 17** Bärbel Jung **Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe**
- 18** Ílter Gözkaya-Holzhey **25 Jahre MigrantInnenpolitik**
- 20** **blz-Serie** **Schulen in Berlin**
 - Werner-Stephan-Oberschule
 - Martin-Buber-Oberschule
- 23** Hans-Gerd Prause **Das neue Schulgesetz – Kann wegfallen**

Arbeitsplatz

- 24** Manfred Triebe **EG-Mutterschutz-Richtlinie**
- 25** **Sketch: Neue Arbeitszeitmodelle**
- 26** Erhard Laube **LehrerInnen arbeiten lange**
- 27** Mathias Jähne **Ansprüche aus Einmalzahlungen**
- Klaus Büscher **Von Ost nach West und zurück**

GEW BERLIN

- 28** blz Interview **Erhard Laube kandidiert nicht mehr**

Tendenzen / Bücher

- 29** Brigitte Reich **GEW-Hilfsaktion für Nicaragua**
- H.-Jürgen Rausch **Schule ohne Aussonderung**

Hochschule

- 30** Brigitte Reich **Enttäuschte Erwartungen**
- Matthias Jähne **Rückmeldegebühr: Revision zugelassen**

Service

- 31** **Theater und Schule, Fortbildung, Materialien**

Red.schluß blz 5/99: 16.4.1999; **Thema:** Drogen und Alkohol; **Red.schluß blz 6-7/99:** 21.5.1999; **Thema:** Sozialpädagogik.
Nächste Red.sitzungen: 18.2. und 25.2.99, 18 Uhr in der Ahornstr. 5, Cafeteria. Gäste sind erwünscht.

Standpunkt

Vom Kopf auf die Füße!

Offensichtlich ist er der „Renner“-der Entwurf zum neuen Schulgesetz. Allenthalben werden Bewertungen vorgenommen und Stellungnahmen verfaßt.



Was ist positiv, was negativ? Überwiegen die Vorteile? Wo muß nachgebessert werden? Mir kommt diese Diskussion merkwürdig realitätsfremd vor.

„Es ist zu begrüßen, daß jetzt die Grundlagen für eine weitgehende Autonomie geschaffen werden“, so Knut Bialecki in der letzten blz. Aber wissen wir nicht alle, daß auch jetzt schon die Schullandschaft in Berlin außerordentlich bunt ist? Und daß die Bereitschaft zu Modellversuchen und zu neuen Wegen weniger vom Wortlaut eines Gesetzes als vom Engagement des jeweiligen Kollegiums abhängt?

„Die Arbeit der Lehrerinnen wird verbindlicher als bisher definiert“, sagt Thomas Isensee in seiner Bewertung aus pädagogischer Sicht. Aber welche/r KollegIn schaut, bevor sie/er morgens in die Schule geht, in ein Gesetz, um eine Richtschnur für das pädagogische Handeln zu erhalten?

Gelobt wird die Aufnahme eines erweiterten Bildungs- und Leistungsbegriffs, die Aufnahme des Prinzips der gemeinsamen Erziehung, das Streben nach einer demokratischeren Schule und was der schönen Dinge mehr sind. Darüber könnte man trefflich streiten, im Geiste einer „konstruktiven Auseinandersetzung“, wie Siegfried Arnz fordert. Ich setze den Schwerpunkt anders.

Ich konstatiere, daß die Berliner Schule überaltert und unterausgestattet ist; ich konstatiere, daß das Abgeordnetenhaus einen weiteren Stellenabbau beschlossen hat (der natürlich auch im Schulbereich wirksam würde). Ich lese in der Zeitung von Protestak-

tionen der Eltern, weil überall Unterricht ausfällt. Ich weiß aus meiner Tätigkeit als Personalrat, daß jede längere Erkrankung ein Loch reißt, das

an den meisten Schulen nicht mehr zu stopfen ist.

Mit anderen Worten: Das neue Schulgesetz mag noch so wunderbar sein, und Frau Stahmer mag die Formulierung der Endfassung gleich der GEW überlassen - was nützt das, wenn der materielle Unterbau zur Realisierung all der schönen Ziele nicht vorhanden ist?

Der § 1 des jetzigen Schulgesetzes lautet: „Aufgabe der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Kinder und Jugendlichen zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln.“ So schlecht klingt das eigentlich nicht! Und jetzt schließen wir alle die Augen und überlassen uns kurz einer bildungspolitischen Vision: Wir stellen uns vor, die Berliner Schule hätte genügend Personal, Räume, Lehr- und Lernmittel, Fortbildungsangebote etc., um diesen § 1 zu realisieren - ganz ruhig, grundsollide, unauffällig. Wäre das nicht eine Schule, für die zu kämpfen sich lohnte?

Wir sollten die Dinge vom Kopf auf die Füße stellen. Auch wenn das überhaupt nicht „innovativ“ ist: Die Berliner Schule braucht mehr - mehr Geld, mehr Personal -, um überhaupt ihre „normalen“ Aufgaben erfüllen zu können. Die Vorlage des Schulgesetz-Entwurfs lenkt (und mir soll niemand erzählen, daß das nicht beachtet ist) davon ab, daß im alltäglichen Betrieb die Schule zunehmend verrottet. Eine Diskussion, die diese Zusammenhänge außer acht läßt, sollte die GEW sich nicht leisten.

Peter Sinram

Siehe auch Artikel S. 23

Personalien

Reges Interesse an ihren Arbeiten erfuhr **Gabriele Frydrych** nach ihrer in der blz 6-7/98 veröffentlichten Glosse „Wozu brauchen wir eigentlich Lehrer?“. Die Mitgliederzeitschrift der hessischen GEW engagierte die Neuköllner Gymnasiallehrerin vom Fleck weg für eine regelmäßige Kolumne, in der sie „Eindrücke aus ihrem schulischen Leben“ glosieren soll. Wir gratulieren!

So plötzlich, wie er sich in den Ruhestand verabschiedet hat, so plötzlich taucht Ex-LSA-Leiter **Wilfried Seiring** an anderer Stelle nach knapp einem Jahr Abstinenz wieder auf: Er ist jetzt Direktor des neugegründeten Ausbildungsinstituts für humanistische Lebenskunde in Berlin, das ein zweijähriges Ergänzungsstudium mit staatlich anerkannter Abschlußprüfung für künftige Lebenskunde-LehrerInnen anbietet. Ähnliches gibt es bereits seit langem für die Ausbildung zum Religionslehrer. Bis zur Gründung des Instituts gab es für Lebenskunde nur eine berufsbegleitende Ausbildung. Geplant ist die Anbindung des neuen Instituts an die Technische Universität Berlin.

Wie geht man mit einem gewerkschaftlich organisierten Schulrat um? Im Falle **Gerhard Schmid**, Schulrat in Friedrichshain, scheint das ein Problem zu sein. Bei der ersten gemeinsamen Mitgliederversammlung der GEW Kreuzberg und Friedrichshain wurde ihm nahegelegt, auf eine Teilnahme an der MV zu verzichten. Diesem Wunsch entsprechend, hatte Gerhard Schmid unverhofft einen freien Abend: Zufrieden darüber war er aber nicht. Insbesondere deshalb, weil die eigentlich betroffene Friedrichs-

hainer GEW keine Einwände gegen seine Teilnahme hatte, die Bedenken also wohl aus Kreuzberg kamen. Dort gibt es offensichtlich erhebliche Vorbehalte gegen den Schulrat, konkrete Vorwürfe gegen seine Amtsführung wurden allerdings bislang nicht laut. Und die in der blz 9/98 ihm in den Mund gelegte Charakterisierung von Wilfried Seiring als „Weichei“ sei erfunden, dieser Begriff gehöre nicht zu seinem Sprachgebrauch, versicherte Gerhard Schmid der blz.

Einen neuen Einblick in die Schwierigkeiten beim Landesschulamt bot der Berliner Staatssekretär **Eike Lancelle** in einem Bericht an die Mitglieder des Hauptausschusses des Abgeordnetenhaus zum Thema Verwaltungsreform und Zentralisierung: „Selbst wenn Ressourcen zur Verfügung stehen, werden nicht die leistungsstärksten Kräfte in die neue Zentraleinheit abgegeben werden. Folge ist - wie beim Landesschulamt erlebt - , daß die Verwaltung über Monate nur mühsam ihr Pflichtprogramm erfüllt.“ Von wegen Monate!

Eine schöne Überschrift hat **Andreas Fritsche** vom Neuen Deutschland für seinen Bericht über das GEW-Gegenkonzept für die Überhangstellen bei ErzieherInnen gefunden: „Erzieher sind für Kinder da, nicht für Hunde“, titelte er. Die GEW setzt sich mit ihrem Konzept für eine stärkere Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe ein und hatte in ihrer Presseerklärung geschrieben, daß es skandalös sei, wenn ErzieherInnen aus dem Überhang zukünftig Hundehalter überwachen müßten: „Für sie gibt es viele sinnvolle Aufgaben, die ihrer Qualifikation entsprechen.“



Zum thema schule und marketing (siehe blz 1/99) schickte uns die Bayer AG dieses foto und folgenden text: „Laboratmosphäre schnuppern – das können schüler ab sofort im pharma-forschungszentrum der Bayer AG in Wuppertal. Pipettieren, trennen, zentrifugieren, spalten – kurz: die routinemäßigen abläufe in einem modernen molekular-biologischen labor lernen die jungen leute einmal in der woche unter anleitung von Bayer-ausbildern kennen.“

polizeieinsatz an schule kritisiert

Es sei unerträglich und inakzeptabel, wenn ausländische schüler, die vermeintlich eine nicht gültige aufenthalts-genehmigung haben, in der schule zum zwecke der abschiebung festgenommen werden, kritisiert die GEW BERLIN und fordert eine änderung des ausländergesetzes. Der pädagogische auftrag der schule sei mit den bisherigen bestimmungen nicht vereinbar: „Schülerinnen und schüler müssen sich in der schule ohne angst und nicht von gewalt bedroht aufhalten können“, sagte Erhard Laube gegenüber der presse.

Die GEW reagierte damit auf einen polizeieinsatz am 20. januar in der tempelhofer Werner-Stephan-Oberschule. Dort hatten polizeibeamte in zivil einen schüler zwecks abschiebung aus der schule holen wollen. Weil der schulleiter sich gegen dieses vorgehen verwahrte und die beamten aus der schule wies, ist gegen ihn strafeanzeige wegen unterlassener hilfeleistung gestellt worden.

Dieselben beamten griffen wenige stunden später außerhalb

des schulgeländes aus einer schülergruppe einen „ausländisch aussehenden schüler“ heraus, um seine identität festzustellen. Es war natürlich nicht der gesuchte.

GEW und Beamtenbund gemeinsam

Bei den gesprächen und verhandlungen zu neuen arbeitsmodellen wollen GEW BERLIN und die im Beamtenbund zusammengeschlossenen lehrerverbände gemeinsam agieren. Nach gemeinsamer festlegung der verhandlungsziele soll die verhandlungsführung künftig bei der GEW BERLIN liegen, heißt es in der geschlossenen vereinbarung.

geldverschwendung durch PR-wahlen

Geldverschwendung in millionenhöhe wirft die GEW BERLIN dem landesschulamt (LSA) vor. Trotz der vereinbarung zwischen gewerkschaften, hauptpersonalrat und innenverwaltung, daß im gesamten öffentlichen dienstpersonalratswahlen erst im jahr 2000 stattfinden, will das LSA in zwanzig der bestehenden regionen personalratswahlen bereits in diesem jahr durchführen. Ein jahr spä-

ter müßten diese regionen dann noch einmal für die wahl des gesamtpersonalrats und des hauptpersonalrats an die urne. „Völliger unsinn! Zweifache personalratswahlen bedeuten kosten in millionenhöhe und einen riesigen zusätzlichen verwaltungsaufwand“, kritisiert Erhard Laube. Die GEW BERLIN fordert schulsenatorin Ingrid Stahmer auf, das gesetzgebungsverfahren für die zusätzlichen personalratswahlen zu stoppen.

klage gegen neuköllner personalrat

Das landesschulamt hat im oktober 1998 klage vor dem verwaltungsgericht erhoben, um feststellen zu lassen, daß der personalrat Neukölln gegen den grundsatz der vertrauensvollen zusammenarbeit und die friedenpflicht verstoßen und der personalratsvorsitzende die beamtenpflicht mißachtet habe. Hintergrund dieser klage ist der seit 1995 schwelende streit zwischen LSA-dienststellenleitung Neukölln und dem personalrat. Der hatte damals wegen der sich häufenden beschwerden die zuständige OSchR Wich-Trapp auf einer personalversammlung kritisiert. Die daraufhin eingeleitete disziplinarische vorermittlung gegen den personalratsvorsitzenden mußte allerdings im november 1998 ergebnisloseingestellt werden. Jetzt wurde dessen äußerung gegenüber der Berliner Morgenpost „Wir bezweifeln die fachliche und sozial kompetenz der schulrätin“ zum anlaß genommen, um eine klage vor dem verwaltungsgericht nachzuschieben.

armutsgrenze in Berlin

Jedes fünfte kind unter sechs jahren lebt in Berlin nach angaben des statistischen landesamtes (zahlen aus 1997) unter der armutsgrenze; bei den unter 18jährigen betrifft dies 12,2 prozent. Als arm gilt, wer weniger als 50 prozent des durchschnittlichen netto-familieneinkommens zur verfügung hat. In Berlin beträgt das durchschnittseinkommen 1 800 DM, die armutsgrenze

liegt also bei 900 DM netto-familieneinkommen. Bei den sozialhilfeempfängern stellen nicht die alten die größte gruppe, sondern die 30 bis 40jährigen sowie kinder zwischen geburt und elftem lebensjahr. (Aus: *Die Welt*, 20.1.99)

großes interesse an modellversuch

Auf großes interesse bei unseren mitgliedern stieß der von der GEW BERLIN ausgeschriebene modellversuch „jahrgangsübergreifendes lernen in der grundschule.“

Schon eine woche nach erscheinen der blz hatten die ersten sechs grundschulen in der geschäftsstelle nach weiteren informationen gefragt. Offensichtlich entsprach die ausarbeitung eines konkreten modells dem pädagogischen bedürfnis vieler schulen. Eine kollegin formulierte es so: „Das war genau das, was wir gesucht hatten. Jetzt müssen wir nicht selbst mühselig ein konzept ausarbeiten und aushandeln.“ Für die zweite februar-hälfte hat die GEW BERLIN die interessierten schulen zu einem informationsgespräch eingeladen. Danach werden schulintern die entscheidungen erwartet, ob schon im sommer dieses jahres mit jahrgangsübergreifendem lernen begonnen wird.

widerstand gegen unterschritten-aktion

Zahlreiche initiativen haben sich inzwischen gegen die unterschritten-aktion der CDU gewandt. Terres des hommes sammelt mit der aktion „Willkommen zu Hause! Einbürgerung erleichtern - doppelte Staatsbürgerschaft zulassen!“ ebenso unterschritten wie die berliner programm-zeitschrift tip. Aber auch an den schulen regt sich protest. In Schöneberg haben sich mitte januar 42 kollegInnen der Spreewald-Grundschule schriftlich an die CDU und den Regierenden Bürgermeister gewandt, um gegen die unterschritten-sammlung zu protestieren. „Ein schwerpunkt unserer arbeit besteht darin,

Fortsetzung auf Seite 5

**Betr.: blz 12/98,
„Flüsterpädagogik“**

Zunächst möchte ich Hirsemann zu seinem Mut beglückwünschen, welcher den Vergleich zwischen Kindererziehung und Pferdetraining wagte. Da ich (langjährige Pferdebesitzerin, Mutter zweier Kinder, Erzieherin, Sozialpädagogin) diesen Vergleich seit langem anstelle, verwundert mich die ablehnende Reaktion von Ramsieger (Leserbrief in blz 1/99) keineswegs. Heftiger Widerstand regte sich in mir, und ich wünsche vielen Berliner LehrerInnen, sich durch Hirsemann zu einem Wechsel ihrer Perspektiven verleiten zu lassen. So beginnt nämlich die Entwicklung, die Schwierigkeiten liegen stets im Anfang. Diesen zu wagen setzt zum einen ein Problembewußtsein voraus, zum anderen die Bereitschaft, sich auf Fremdes einzulassen. Das einem Lehrer ein Pferd fremd ist, ist nachvollziehbar, wie fremd darf einem Erwachsenen, einem Lehrer im Laufe der Zeit jedoch ein Kind bleiben.

Martina Thiele-Uhlemann

**Betr.: blz 1/99,
Leserbrief von Jörg Ramseger**

Meinen Beitrag über die „Pädagogik des Pferdeflüsterers“ kann Jörg Ramseger unmöglich gründlich gelesen haben, denn die Worte „bedingungslos, gehorchen, erzwungen – und gebrochen werden“, die er verwendet, kommen in meinem Text nicht vor. Für den Teil, den Jörg Ramseger hineinprojiziert, fühle ich mich nicht verantwortlich – von Berufs wegen aber irgendwie zuständig.

Hans Hirsemann

**Betr.: blz 12/99 Standpunkt
„Dumme Jungen-Streiche?“**

... Schiwecks Bestürzung über das, was dieser Kindergruppe widerfahren ist, ist zu verstehen. Seine Aufforderung, sich gegen derartige Strömungen zu wehren, ist richtig. Aber das ist auch alles, was ich an Übereinstimmung in mir mit seinem Beitrag erkennen kann. Seine Vergleiche, Schlußfolgerungen und Boykottaufrufe zeugen von einer ergreifend schlichten Denkweise.

Die Frage nach dem „Warum“ unterbleibt hier leider völlig Schaut man in die Arbeitslosenstatistik, so fällt auf, daß dieses neue Bundesland eine Spitzenposition einnimmt. Daß sich dort Frust und kein frohes Jugendleben entwickelt, dürfte zunächst einmal leicht vorstellbar sein. ... Bei vielen dieser jungen Menschen setzt ein verhängnisvoller Denkmechanismus ein. Sie fragen sich nach Ursachen. Da sie von der ehemaligen DDR zwar meist nicht mehr aus persönlichem Erleben wissen als die Tatsache, daß alle Arbeit hatten (Qualität, Sinn und Effektivität können sie natürlich gar nicht mehr beurteilen), entwickelt sich in ihnen ein Abwehrmechanismus, der sich häufig gegen alle Vertreter des Teils unseres Volkes richtet, dem sie die Schuld an ihrer eigenen Misere geben. Daß eine solche Einstellung falsch ist, das wissen wir alle. Daß wir sie aber dadurch ändern könnten, daß wir diese Menschen einfach boykottieren, ist eine der unverständlichsten Schlußfolgerungen... Der freiwillige Verzicht darauf, sich mit Andersdenkenden auseinanderzusetzen, kommt den Menschen in den neuen Bundesländern noch sehr vertraut vor. Wenn sich viele Leser den Ausführungen von Schiweck anschließen, so sollten sie wenigstens ihre Pferde nach MV schicken. Dann kommen die Leute dort wenigstens auf ein paar andere Gedanken – und ihr Verhältnis zu Pferden war ja bisher immer tadellos.

Manfred Teltzrow

**Betr.: blz 1/99
Schwule und Lesben**

... Als Mitglied distanzieren ich mich von diesem unwürdigen Beitrag. Viele junge Menschen kommen heute aus dysfunktionalen Familien, wo keine klare offene und geborgene Beziehung untereinander erlebt werden konnte. Dadurch erleiden die Kinder fast immer seelische Blockaden, die sie in der eigenen Beziehungsfähigkeit schwer belasten. ... Sie reifen seelisch nicht zu Mann und Frau heran und können daher keine Beziehung zum anderen Geschlecht aufbauen. Viele sog. Forschungsarbeiten, die nach

biologischen Gründen für Homosexualität suchten wurden von schwulen Wissenschaftlern ausgeführt. Bis heute ist aber nur eine einzige von vielen möglichen Ursachen für homosexuelles Verhalten sicher erkannt: die Verführung! ... Die Heilige Schrift bezeichnet homosexuelle Praktiken eindeutig als Sünde, auf der Gottes Strafgericht ruht. ... Die Jugend muß endlich wieder mit sauberen und gesunden Vorbildern erzogen werden und von bibeltreuen Religionslehrern über den Willen Gottes belehrt werden, damit sie sich bewußt zwischen einem Lebensstil unter dem Segen oder dem Fluch Gottes entscheiden kann. Jeder Schwule, jede Lesbe kann umkehren...

Maria Senftleben

**Betr.: blz 8/98
Fritz-Karsen-Schule**

Ihren Artikel „50 Jahre Fritz-Karsen-Schule – Jubiläum durch Skandal um Besetzung der Schulleitung getrübt“ haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wie wir Ihrem Bericht entnehmen können, haben Sie interne Informationen über den Besetzungsvorgang erhalten und in Ihrem Bericht verwandt. Wir führen diesbezüglich Verwaltungsvorermittlungen wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses, da der Verdacht besteht, daß Sie durch ein unbefugtes Verhalten einer oder mehrerer Personen unserer Dienststelle in den Besitz der Unterlagen gelangt sind. Wir bitten daher um Mitteilung, durch wen und in welchem Umfang Ihnen Informationen über interne Vorgänge in unserer Dienstbehörde zugänglich gemacht worden sind. Für Ihre Auskunft, die wir möglichst bis zum 01.02.99 erbitten, dürfen wir uns vorab bedanken.

**LSA VI A 87 z.A. -800 D 141/98,
Frenz**

Die Redaktion ist erfreut, daß unsere Beiträge in der Schulverwaltung auf reges Interesse stoßen. Wir nehmen auch bei diesem Thema unsere Rechte und Pflichten nach den Pressegesetzen wahr. Es gilt der Informantenschutz (s.a. § 18 Berliner Pressegesetz).

blz/Rulff

Fortsetzung von Seite 4

dafür zu sorgen, daß alle Schüler sich hier akzeptiert und willkommen fühlen und friedlich zusammen leben, völlig unabhängig davon, woher sie selber oder ihre Eltern kommen“, schreiben die KollegInnen in ihrem Brief und äußern die Befürchtung, daß durch die

CDU-Aktion Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen verschärft werden.

**theaterpädagogischer
dienst soll wieder auf-
gegeben werden**

Erst im Juli 1998 hatte der Theaterpädagogische Dienst seine Arbeit aufgenommen Ursprünglich mit einer Förderfrist

bis zum Jahr 2001 versehen, wurde das Projekt jetzt abrupt von der zuständigen Senatsverwaltung gestoppt: Trotz großer Nachfrage von Lehrern und Schulklassen soll die Förderung im Juni 1999 auslaufen. In Analogie zum Museumspädagogischen Dienst wollte die neue Einrichtung eine bessere Verbindung zwischen

Schule und Theatergeschehen in der Stadt schaffen und insgesamt die Theaterarbeit in den Schulen stärken. Nun ist das Programmheft für das Schuljahr 98/99 mit einem umfangreichen Angebot an Theaterpädagogischen Veranstaltungen wahrscheinlich auch das letzte Programm. Falls sich nicht doch noch etwas tut. ■

Der Bildungsauftrag des Kindergartens

Ist die Erzieherinnenausbildung in Deutschland noch zeitgemäß?

Unsere Autorin kritisiert die bisherige Fachschulbildung und fordert eine Hochschulausbildung auch für Erzieher.

Strahlende Intelligenz, sagte Sigmund Freud, sei charakteristisch für Kinder in den Jahren vor der Schule. In die strahlende Intelligenz von Kindergärtnerinnen, denen man diesen natürlichen Reichtum anvertraut, wird in Deutschland wenig investiert. Man unterstellt, daß die jungen Frauen dem Lernen in ihrer Kindheit und Jugend wenig abgewonnen haben. Zur Berufsvorbereitung schickt man sie auf eine Fachschule weitab von Kunst und Wissenschaft und entläßt sie nach einer anspruchlosen Ausbildung in eine Berufspraxis, in der sie sich bisher vor allem als freundlich, kommunikativ und belastungsfähig erweisen sollten.

Seit 1995 gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der nicht nur das Recht auf Betreuung und Erziehung beinhaltet, sondern ausdrücklich auch einen Anspruch auf „Bildung“ in vorschulischer Zeit. Kein kindergartenpädagogischer Fachverband, keine sozialpädagogische Fortbildungsakademie, die seitdem nicht eine besorgte Veranstaltung zu diesem neuen „Bildungsauftrag“ des Kindergartens beigesteuert hat. Am niedrigen Status der Berufsgruppe, verursacht vor allem durch die auf niedriger Flamme gehaltene Ausbildung, will die Fachszene aber nicht rühren. Während andere europäische Länder, Frankreich, Spanien, die Niederlande und die skandinavischen Länder entweder schon seit längerer Zeit eine gemeinsame Hochschulausbildung von

Erziehern und Grundschullehrern praktizieren oder ihre Ausbildungsgänge für Frühpädagogen so reformiert haben, daß dem Beruf mit gewachsenem Ansehen auch aktive und innovationsfreudige Erzieher zugeführt werden, verharret Deutschland am untersten Ende der europäischen Vergleichsskala, gemeinsam mit Österreich, und, bis vor kurzem, Italien.

In Italien wird nun ein großer Schritt gemacht: Voraussetzung für den Beruf der Kindergartenerzieherin ist ab sofort die Ausbildung an der Universität. In den pädagogischen Studiengängen an zwanzig italienischen Universitäten folgt auf ein zweijähriges gemeinsames Grundstudium von Kindergärtnerinnen und Grundschullehrern eine zweijährige Spezialisierung für Frühpädagogik oder Grundschulpädagogik. Der Abschluß entspricht in einem sich allmählich vereinheitlichenden europäischen Hochschulwesen dem deutschen Magistergrad – in Italien werden sich aber die Absolventen zu den „dottori“ zählen. Die gemeinsame Ausbildung von Grundschullehrerinnen und Kindergärtnerinnen soll neue Inhalte in die Frühpädagogik bringen. Wenn sich Studenten vier Jahre lang in Workshops, Ateliers, Laboratorien und mehrsprachigen Modellkindergärten mit Kunst, Sprachen und Naturwissenschaften beschäftigt haben, werden sie eher in der Lage sein, auf schwierige Fragen von Kindern einfache Antworten zu geben, Antworten, die wieder neue Fragen auslösen.



Sie werden sich mit den Kindern auch für Stadtplanung interessieren können, für die Milchstraße und für Klangpartituren, neue Themen und Inhalte werden in den Horizont der Kindergärten gelangen. Damit solche Anregungen nicht wie ein Schulfach „Sachkunde“ aufgesetzt werden, müssen sie Kindern begegnen auf dem Weg ihrer Erkenntnis, dem Spiel. Um die kognitiven Leistungen der Kinder im Spiel wahrzunehmen und weiterzuentwickeln, reicht die in der herkömmlichen Erzieherausbildung vermittelte Pädagogik fürs Basteln, für „Freispiel“ in Bauecken und Rückzugsnischen der Kindergärten nicht aus. Von einer vertieften wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Spiel wird auch die Grundschule profitieren, meint der Erziehungswissenschaftler Wallnöfer, Projektleiter bei der Gründung der Fakultät Bildungswissenschaften an der kürzlich eröffneten Freien Universität Südtirol, dem ersten deutschsprachigen Studiengang für Kin-

dergärtnerinnen an einer europäischen Hochschule. Es müsse doch jeden Lehrer beunruhigen, daß, wie immer wieder empirisch nachgewiesen, von der Lernlust der Schulanfänger nach zwei Schuljahren nicht mehr viel übrig ist. Daß höhere wissenschaftliche Erwartungen an den Erzieherberuf nur zur Akademisierung führe, und daß dabei die Wärme im Umgang mit den Kindern auf der



Foto: Michael Seiffert

Strecke bleibt, hält er für eine typisch deutsche Befürchtung. In den romanischen Ländern sehe man in der Kindheit weniger eine Oase, in die man sich mit Kindern zurückzieht, um sie vor den Leistungsansprüchen der Schule zu beschützen. 70% eines Jahrgangs verlassen die italienische Schule mit Abitur, vielleicht erscheint sie deshalb weniger bedrohlich als die deutsche.

Deutsche Kindergärtnerinnen sind aufgewachsen und ausgebildet in einer Zeit, die vor der Wissensgesellschaft lag. Wissen und Kultur waren Sache einer Minderheit, und die Erzieher haben sich nicht dazugezählt. Sie sahen sich für das Soziale zuständig. 85% der bayerischen Erzieherinnen, so hat das Staatsinstitut für Frühpädagogik 1995 ermittelt, hielten die Ermöglichung naturkundlichen Lernens im Kindergarten nicht für ein Ziel, auf das man besonderen Wert legen mußte. Geschickt mit Händen und Werkzeugen umzuge-

hen, halten 80% für kein besonders wertvolles Erziehungsziel, und nur jede zweite Erzieherin hielt Freude am Musischen für wichtig.

Soziales Lernen können Kinder nicht lernen von autoritären Erziehern. Aktive Neugier und Lust am Lernen können Kinder nur lernen mit Erziehern, die selbst gern gelernt haben und weiterhin gern Lernende sind, sicher im Umgang mit dem was sie wissen und können. Um erste Konzepte von Kindern über Blitz und Schwerkraft, über Werkzeuge und Ideen aufzugreifen und im Spiel weiter zu entwickeln, um ihr spontanes Interesse an Sprache und Fremdsprachen zu unterstützen, braucht es hoch qualifizierte Erwachsene. Mit den bisher üblichen gelegentlichen Fortbildungen allein wird sich in der Berufsgruppe eine neue kognitionswissenschaftliche Aufmerksamkeit für die frühen Jahre nicht entwickeln lassen.

Demnächst hat die Kultusministerkonferenz in Deutschland die Neuordnung der Erzieherausbildung auf ihre Tagesordnung gesetzt. Neuordnung sollte man nicht nennen, was da verhandelt werden wird, denn weder ist die Rede von Bildungsgängen an Hochschulen, noch voraussichtlich nicht einmal von einer Anhebung auf Fachhochschulebene. Allenfalls soll es in ganz Deutschland künftig einheitliche „Prüfungsziele für Kindergartenerzieher“ geben, wobei den Ländern überlassen bleibt, wie sie die Schüler auf diesen Stand bringen. Um das als unangemessen zu kritisieren, muß man nicht weltweiten Leistungsvergleich oder Standortargumente in Feld führen. Als die ehemalige Bundesregierung kürzlich ihren Bericht zur Lage der Kinder vorstellte, hat sich die Öffentlichkeit vor allem über die Aussagen zur wachsenden Kinderarmut aufgeregt. Moderne Kinderarmut, das weiß man inzwischen, ist nicht nur die Einkommensarmut allein erziehender Mütter oder die Not kinderreicher Familien in belasteten Wohngebieten. Es ist eine Armut der nicht gebahnten Zugänge zum Wissen und Lernen, eine nicht auf den ersten Blick sichtbare Benachteiligung in frühen Jahren. Es ist

eine Armut der an viele Kinder nicht herangetragenen Erkenntnismöglichkeiten, ihrer oberflächlich abgespeisten Entdeckerfreude, der nicht geweckten ästhetischen Aufmerksamkeit.

Die Regierung Tony Blair führt in England den Kampf gegen Armut als Bildungsoffensive, und sie legt dabei einen Schwerpunkt auf die frühen Jahre. In englischen Städten oder Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit werden besonders gute Kindergärten und Nachbarschaftszentren als „Early Excellence Centers“ ausgezeichnet, weitere werden zur Zeit überall in England gegründet. Wenn in solchen Zentren Eltern Tagebuch führen über die kognitiven Leistungen ihrer Zweijährigen beim Ein- und Ausräumen von Schubladen, wenn sie ihre Videoaufzeichnungen vom Bauen und Kochen der Vierjährigen mit Doktoranden analysieren, wenn sie mit Pädagogikstudenten gemeinsam die nächsten Schritte im Curriculum ihres Kindes planen, dann können auch sie das Lernen und einen Neuanfang als verheißungsvoll erfahren und im Zentrum einen Schulabschluß nachholen. Soll in solchen Excellence Centers mehr bewegt werden als in herkömmlichen Nachbarschaftszentren, ist es mit „Aufstockung des Personals“ nicht getan, sagt die Expertin für Community Education, Margaret Whalley, die seit fünfzehn Jahren ein mittlerweile international viel beachtetes Early Excellence Center in der ehemaligen Stahlarbeiterstadt Corby leitet. Wenn solche Zentren zu Laboratorien für lebenslanges Lernen und für die Bekämpfung moderner Kinderarmut werden sollen, müssen dort Persönlichkeiten arbeiten, die sich über das Gewohnte hinwegsetzen können, selbstbewußte Erzieher, die sich nach einer international anerkannten Ausbildung den Herausforderungen strahlender Intelligenz von Kindern wachsen fühlen. Eine möglichst anspruchslos gehaltene Erzieherausbildung dagegen, die diese Berufsgruppe auf niedrigem Status verharren läßt, kann zu einem weiteren Faktor werden bei der Entstehung moderner Kinderarmut in Deutschland.

Dr. Donata Elschenbroich

Der Beitrag ist zuerst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26. November 1998 unter dem Titel „Das Verlernen des Gelernten“ erschienen. Wir bedanken uns für die Erlaubnis zum Nachdruck. Aus Platzgründen mußten wir den Artikel leicht kürzen.

Gemeinsamer Unterricht



Alle Schwerpunktfotos von: Gisela Lau

Gemeinsame Erziehung

Nach über 10 Jahren gemeinsamen Unterrichts an Berliner Schulen finden sich in der Praxis die unterschiedlichsten Formen integrativer pädagogischer Praxis.

Haben Schulen der ersten Stunde noch klare Modelle entwickelt und sich über deren Effektivität auseinandergesetzt, so gab es mit der expansiven Entwicklung von gemeinsamem Unterricht zunehmend Wildwuchs, der lediglich durch einige planerische Eckdaten begrenzt wurde. Die Rücknahme von Freistellungen für Fortbildungsveranstaltungen und die Reduzierung der wissenschaftlichen Begleitung haben die Situation noch zusätzlich verschlechtert. Wir finden Schulen, in denen der Integrationsprozess ständig reflektiert und weiterentwickelt wird, in denen über den gemeinsamen Unterricht wirkliche Integration stattfindet. Andererseits gibt es Schulen, die Integration als Ressourcensicherung betreiben, in denen kaum gemeinsamer Unterricht stattfindet, von Integration ganz zu schweigen.

Wo eine Schule liegt, welche Schülerzusammensetzung sie hat, wie lange schon an der Schule integrativ unterrichtet wird, ob die Kolleginnen und Kollegen sich freiwillig für den gemeinsamen Unterricht entschieden haben: diese Bedingungen bestimmen die unterschiedliche Qualität der Integration an den Schulen. Eine ehrliche Bestandsaufnahme und eine darauf basierende inhaltliche Weiterentwicklung erscheint mir dringend erforderlich. Abgesicherte, übertragbare Konzepte, die sich aus positiv verlaufenen Genesen ableiten ließen, sollten zur Basis der Integrationsidee erheblich mehr beitragen, als moralische Glaubensbekenntnisse. Ebensovienig

hilft es, wenn Sonderschullehrerinnen und -lehrer der Unfähigkeit bezichtigt werden, obwohl wir wissen, daß sie weitgehend diejenigen waren, die zum pragmatischen Erfolg von Integration beigetragen haben.

Wir hätten gern einige Reflexe aus der Praxis veröffentlicht, um die inhaltliche Diskussion stärker voranzubringen und der zunehmenden Unsicherheit und Ratlosigkeit entgegenzuwirken. Dies kann diese Ausgabe nur sehr bedingt leisten, wenn auch für Teilbereiche eine kritische Bestandsaufnahme vorliegt.

Zuverlässig haben die wissenschaftlichen Geburtshelfer der Gemeinsamen Erziehung ihre politischen Forderungen artikuliert. Vieles davon steht schon seit einigen Jahren in dem Forderungskatalog unserer Gewerkschaft. Daß Grundvoraussetzungen, wie z.B. ein adäquate Eingang von I-Pädagogik in Wissenschaft und Ausbildung, noch immer nicht umgesetzt wurden, zeugt von der Notwendigkeit, Integration immer wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Von besonderem Interesse sind diesbezüglich die Verknüpfungen mit dem Entwurf des neuen Schulgesetzes. Hierzu erhoffen wir uns eine breite Diskussion über die konkreten Auswirkungen in den verschiedenen Bereichen der Berliner Schule. Gemeinsamer Unterricht hat schon längst sein In-seldasein verlassen und wirkt sich auf alle Bereiche unserer Schule aus. So halten wir es für notwendig, alle Kräfte in unserer Gewerkschaft zu einer breiten Konsensbildung aufzurufen.

Ralf Schiweck

Was denn nun Frau Stahmer?

Widersprüchliche Verordnungen über die gemeinsame Bildung und Erziehung von Behinderten und Nichtbehinderten sorgen für Verwirrung

Gerade noch rechtzeitig vor Weihnachten bescherte uns Senatorin Stahmer zwei sich in vielem widersprechende Papiere: den ersten Diskussionsentwurf für ein neues Schulgesetz und den dritten Entwurf für eine „Verordnung über die Sonderpädagogische Förderung“.

Letzterer enthält – wohl aufgrund der öffentlichen Kritik und einer Expertenanhörung der GEW im November 1997 – gegenüber den ersten Entwürfen zweifellos einige positive Veränderungen: wieder Mitgliedschaft der Eltern im Förderausschuss, stärkere Beteiligung des Schulpsychologischen Dienstes, Ermöglichung integrativer Vorklassen, Geltung der Abschlusssregelungen der jeweiligen Sonderschule auch für Oberschülerinnen und -schüler mit zieldifferenter Integration.

Demgegenüber ist nach wie vor zu kritisieren, dass am Haushaltsvorbehalt festgehalten wird, dass bei zieldifferenter Integration die Rahmenplananforderungen der entsprechenden Sonderschule Orientierungsgrundlage sind, dass für jedes behinderte Kind ein Förderausschuss einzurichten ist, es also demnach bei der kaum vorstellbaren Anzahl von 4.000 bis 5.000 Förderausschüssen pro Jahr bleiben wird, dass in der Oberschule der gemeinsame Unterricht nur als „abweichende Organisationsform“ bzw. „Schulversuch“ realisierbar ist, dass Integration am Gymnasium und an berufsbildenden Schulen nur zielgleich möglich ist, dass bei kognitiver Leistungsüberprüfung „zwei wissenschaftlich anerkannte Testverfahren zugrunde zu legen sind, von denen mindestens ein Test sprachfrei sein muss“, dass bei unzureichender Ressourcensituation das Los über Integration bzw. Sonderschule entscheidet, dass kein Nachteilsausgleich vorgesehen ist usw.

Schulgesetzentwurf contra Verordnung

Der Schulgesetzentwurf enthält Aussagen, die zum Entwurf „Ver-

ordnung über die Sonderpädagogische Förderung“ im krassen Widerspruch stehen bzw. dort überhaupt nicht vorkommen.

- Die folgenreichste Entscheidung zuerst: Die Sonderschule für sog. Lernbehinderte wird aufgehoben. Damit sollen endlich schulpolitische Konsequenzen aus den schon seit vielen Jahren vorliegenden Erkenntnissen gezogen werden, dass die Schule für Lernbehinderte ihre Schülerinnen und Schüler leistungsmäßig, psychisch und sozial nicht so erfolgreich fördert wie die allgemeine Schule (Grund- und Oberschule).

- Der gemeinsame Unterricht hat künftig Vorrang (vgl. Schulgesetzentwurf, Teil 1, § 3; Teil 3, § 3.2.4). Im Gesetzentwurf findet sich deshalb kein Haushaltsvorbehalt mehr, d. h. das Elternwahlrecht gilt uneingeschränkt.

- Förderausschüsse werden nur noch gebildet, wenn die allgemeine Schule der Entscheidung der Eltern für Integration widerspricht. Mit Sicherheit wird dieses Verfahren zu einer drastischen Senkung der Zahl der Förderausschüsse führen, was zu begrüßen ist. Unklar bleibt die Regelung der Bestimmung des Förderbedarfs im Konfliktfall. Dass dieser von der Schulaufsicht „festgestellt“ wird und dann die traditionellen sonderpädagogischen Schwerpunkte genannt werden, deutet auf das übliche Vorgehen hin. Diese Vermutung wird indirekt dadurch bestätigt, dass Untersuchungen unter Einschluss „wissenschaftlich anerkannter Testverfahren“ vorgesehen sind, an deren Teilnahme Schülerinnen und Schüler verpflichtet sind. Hierzu ist anzumerken, dass es keine „wissenschaftlich anerkannte Testverfahren“ gibt und Kinder deshalb auch nicht verpflichtet werden sollten, sich damit untersuchen zu lassen.

Bei aller Kritik am Schulgesetzentwurf im einzelnen, geht er doch weit über die vorgesehene „Verordnung Sonderpädagogik“ hinaus, so

dass diese völlig umgeschrieben werden muss. Der Gesetzentwurf stellt mit seiner Akzentuierung der gemeinsamen Erziehung darüber hinaus Formulierungen im Grundschulreformprogramm 2000 in Frage, die eine Differenzierung von Schülerinnen und Schülern allein nach Leistungen nicht ausschließen. Deshalb muss die zum Schuljahr 1999/ 2000 für die Klassen 5 und 6 im Bezirk Wedding vorgesehene „Leistungsdifferenzierung in Niveaugruppen (äußere Differenzierung) in den Fächern Deutsch, ersten Fremdsprache und Mathematik“ umgehend rückgängig gemacht werden. Befremdlich an dieser landesschulamtlichen Mitteilung ist, dass sie „im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport“ erfolgt ist. Damit würde die dringend erforderliche Weiterentwicklung fächerübergreifender und binnendifferenzierender Didaktik insbesondere in den Klassen 5 und 6 der Berliner Grundschule zum Stillstand kommen.

Auch im Hinblick auf die Überwindung der immer noch deutlichen Integrationsunterschiede in den einzelnen Bezirken, vor allem, was den östlichen Teil Berlins angeht, wäre damit eine wichtige Chance vertan.

Berlin gehört mit seiner Integrationspraxis und den sie begleitenden gesetzlichen Regelungen zu den Vorreitern in der Bundesrepublik. Und diese Rolle soll sie behalten! Die wichtigste Innovation der nächsten Jahre, die behutsame Aufhebung der Sonderschule für Lernbehinderte als Einstieg in die Aufgabe der Sonderschule insgesamt, könnte konzeptionell vom neuberufenen Beirat für sonderpädagogische Förderung und Integration vorbereitet werden und dabei auf die positiven Berliner Integrationserfahrungen einiger Sonderschulen, z. B. in Spandau, Tiergarten, Charlottenburg, und anderer Bundesländer, z. B. Schleswig-Holstein, zurückgreifen.

Wolfgang Podlesch

Probleme mit der Integration

Erfahrungsbericht einer Lehrerin und Mutter eines behinderten Kindes.

Nach einem weiteren Jahr in der Doppelrolle als betroffene Mutter und Lehrerin im Bereich der Integration möchte ich eine kurze Rückschau halten: Meine zwölfjährige Tochter besucht als sogenannte lernbehinderte Schülerin die 5. Klasse einer Tempelhofer Grundschule. Rück-

Wünschenswert wären mehr Beratungsstellen für Eltern und eine größere Flexibilität des Landesschulamtes.

blickend muß ich feststellen, daß unsere Familie im vergangenen Jahr ständigen Ängsten ausgesetzt war, ob unser Kind in seiner Andersartigkeit des Lernens auch weiterhin von den Lehrern für „würdig“ befunden wird, mit den anderen Schülern gemeinsam zu lernen. Werden die anderen durch sie nicht „behindert“, den Rahmenplan einzuhalten, an dem wir uns allzu gerne festhalten? Für die Mitschüler ist dies interessanterweise kein Problem – sie helfen ihr und akzeptieren sie im allgemeinen, so wie sie ist. Dies zeigen die häufigen Einladungen zu Feiern und Treffen.

Leider wissen die Kolleginnen häufig nicht, wie sie die Probleme, welche eine Andersartigkeit des Lernens mit sich bringt, integrieren können. Sie fühlen sich schnell hilflos und überfordert, was sich in regelmäßigen Bitten manifestiert, unser Kind doch lieber auf eine Sonderschule zu schicken, da sie dort sicher „besser aufgehoben“ sei.

Fortbildungen werden als zu belastend nicht in Betracht gezogen. Aus eigener Erfahrung sei angemerkt, daß ich ohne regelmäßige Fortbildungen oftmals ähnlich hilflos wäre. Meine Tätigkeit als Lehrerin in der Integration (Sek I) stellt mich ebenfalls häufig vor Probleme. Für mich kann die Lösung aber nicht darin bestehen, die Schüler zu zwingen, wieder in die „Aussonderung zu entweichen“ oder ihnen nahezulegen,

doch an eine Schule zu gehen, wo man langsamer und anders lernt, sondern nur darin, verstärkt differenzierten und offenen Unterricht anzubieten. Hier stellt sich doch die Frage, wie man Lehrern, die durch die Integration überfordert sind, helfen kann, ohne daß es zu Lasten der betreffenden Schüler und Eltern geht. Es gibt in Berlin einige wenige Sonderschulen, in denen Schüler trotz Aussonderung gut aufgehoben sind, – jedoch sollte die Wahl, ob Aussonderung oder gemeinsame Erziehung zuerst den Schülern und ihren Eltern überlassen werden. Unsere Tochter wird bis zum Ende der Grundschule in der Integration bleiben, denn sie geht sehr gerne in ihre Schule und sieht sich als Bestandteil dieser Schule. Sie wünscht aber in letzter Zeit verstärkt, in eine Oberschule zu gehen, „wo man langsamer lernt“. Diesen Wunsch wollen wir berücksichtigen, wobei wir hoffen, daß an einer engagierten Hauptschule diesem Wunsch entsprochen werden kann. (Hauptschullehrer müssen bei ihrer Klientel engagiert und flexibel arbeiten...) Abschließend sei angemerkt, daß weiterhin viel Fähigkeit und Wille zur Kooperation mit Kollegen und Eltern sowie Innovationsfreude

gefordert sind für eine erfolgreiche Arbeit mit Kindern, die anders lernen und dennoch eine große Bereicherung für die Schulgemeinschaft darstellen und genauso wie die sogenannten normalen Schüler auf Toleranz und Akzeptanz angewiesen sind. Nicht nur bei Lehrern, sondern auch bei den Eltern wirft die Integration viele Fragen und Probleme auf. Es wäre daher wünschenswert, mehr Beratung anzubieten, damit z.B. Eltern ihren berechtigten Wunsch nach integrativer Beschulung ihrer Kinder fundiert Nachdruck verleihen können. Eine unabhängige

Lehrkräfte sind mit der Integration behinderter Kinder häufig überfordert.

und kompetente Beratung bietet z.B. „Eltern für Integration“. Ebenso wünschenswert wäre eine größere Flexibilität des Landesschulamtes in bezug auf den Einsatz von Integrationslehrern: Seit Monaten liegen Aufstockungswünsche von Lehrern vor, die verstärkt in der Integration tätig sein wollen; bislang erfolgte keine diesbezügliche Rückmeldung des LSA...

Sylvia Sobel



Gemeinsames Lernen macht mehr Spaß. Alle Fotos zeigen Szenen aus dem Schulalltag der Sophie-Scholl-Oberschule.

Jedem Kind mit einem anerkannten sonderpädagogischen Förderbedarf wird für die Integration entsprechend der Art seiner Behinderung eine ganz bestimmte Anzahl sonderpädagogischer Förderstunden zugeteilt. So erhalten zum Beispiel Schülerinnen und Schüler mit einer Lernbehinderung eine Ausrüstung (sog. „Rucksack-Modell“) von 4 Stunden, Schülerinnen und Schüler mit geistiger Behinderung 8,5 Stunden, Schülerinnen und Schüler mit einer Sprachbehinderung 5 Stunden usw. Dazu gibt es derzeit noch zusätzlich 1,5 Stunden für differenzierende Maßnahmen. Im sonderpädagogischen Rucksack steckt – wenn vorhanden – auch der besondere Pädagoge, nämlich die Sonderschullehrerin bzw. der Sonderschullehrer. Was ist nun genau ihr Auftrag? Sollen sie sich nur um die Kinder mit Förderbedarf kümmern oder sollen sie auch (Fach-)Unterricht für die ganze Klasse übernehmen? Wenn sie beides machen, in welchem Verhältnis? Lassen sich die besonderen Fördermaßnahmen im Klassenverband durchführen oder müssen bestimmte Dinge besser außerhalb stattfinden? In welcher Form wird dies organisiert? Wie können bei der Zuständigkeit für mehrere Klassen alle Unterrichtsbereiche differenziert geplant werden? In welchem Rahmen findet diese Planung statt? Ist die Sonderpädagogin/der Sonderpädagoge Kollegin/Kollege der Integrationsschule oder sind sie einer Sonderschule zugehörig?

Integrationspraxis muß auf Qualität und Effektivität hin überprüft werden.

Da der sonderpädagogische Auftrag nirgendwo beschrieben ist, haben sich in der Berliner Praxis vielfältige Vorgehensweisen ergeben, die zur Zeit nebeneinander her existieren und sich auch in genauso unterschiedlicher Weise etablieren. Das war für den Anfang der Integration nicht anders möglich und war auch gut so, aber es ist jetzt an der Zeit, die Praxis auf ihre Qualität und Effektivität hin zu überprüfen, Schlussfolgerungen zu ziehen und gegebenenfalls Änderungen zu bewirken. Denn die Unzufriedenheit im integrationspädagogischen Alltag ist vielerorts groß.



Entspannung in der Pause

Zwischen Sonder- und Integrationspädagogik

Die Sonderpädagogin Hedwig Matt kritisiert die mangelnde Qualifikation der Sonderpädagogen für die Integration.

Und sie rührt nicht nur aus den verschlechterten organisatorischen Bedingungen wie höhere Klassenfrequenzen und weniger Teilungsstunden, sondern ist auch Ergebnis der unterschiedlichen gegenseitigen Erwartungen und der unklaren Aufgabenverteilung zwischen den allgemeinen und den Sonderpädagoginnen/Sonderpädagogen.

Viele LehrerInnen klagen darüber, dass sie von den Sonderpädagogen die kompetente Beratung, die sie erhofft hatten, nicht bekommen. Sie sehen keine echte Hilfe und sind enttäuscht, dass die Sonderpädagogik als Spezialdisziplin die Probleme der Integration nicht löst. Die SonderpädagogInnen ihrerseits fühlen sich überfordert, für alle Belange der Kinder mit Behinderung verantwortlich zu sein und „sind es leid die Schuld zu bekommen“, wenn es Schwierigkeiten gibt.

Es ist ein großer Fehler zu glauben, das bloße Hinzukommen der

Sonderpädagogik zum herkömmlichen Unterricht garantiere die Integration, zumal die Sonderpädagogik auf die Aufgaben in der Integration nicht vorbereitet ist. Die SonderpädagogInnen sind traditionellerweise SonderschullehrerInnen. Diese Berufsbezeichnung wurde bis heute nicht verändert. Sie geht aus von einem eigenständigen Sonderschulsystem, das sich seinerseits in acht verschiedene Fachrichtungen aufgliedert und das sowohl untereinander als auch zu den allgemeinen Schulen kaum noch Bezug hatte. Die Berufsrolle als LehrerIn an einer Sonderschule unterscheidet sich grundsätzlich von der in der Integration: SonderschullehrerInnen sind SpezialistInnen für nur eine oder zwei Fachrichtungen, sie sind in der Regel Klassenleiterin und wichtige Bezugsperson für die Eltern. In der Integration wird ihnen von der Aufgabenverteilung her eine unterstützende Rolle

Fortsetzung nächste Seite



Aufgaben übernehmen stärkt das Selbstbewußtsein

zugewiesen. Ihre Verantwortung bezieht sich nicht auf die ganze Lerngruppe, sondern nur noch auf einzelne Kinder. Auch für die Eltern sind sie nicht erste AnsprechpartnerIn. Sie sind in der allgemeinen Schule mit Erwartungen konfrontiert, für die sie weder ausgebildet sind, noch durch eine angemessene Fortbildung vorbereitet werden. Viele müssen sich in die Grundschuldidaktik erst (wieder) einarbeiten, sie haben keine Kenntnisse über integrative Unterrichtsformen. Häufig sind sie für Behinderungsarten zuständig, für die sie nicht qualifiziert sind. Ihre spezifische Qualifikation unterscheidet sich zumindest im Bereich der Lernbehinderung, die den größten Anteil in der Integration darstellt, nicht grundsätzlich von den Kenntnissen und Fähigkeiten der anderen LehrerInnen.

Was also braucht Integration?

Das große Kunststück, Kinder mit gravierenden Schwierigkeiten im Lernen und/oder im Verhalten möglichst unauffällig und erfolgreich durch den normalen Schulbetrieb zu bringen, kann die Sonderpädagogik nicht (alleine) lösen. Der wichtigste Baustein für das Gelingen der Integration ist die Akzeptanz von Unterschiedlichkeit und eine daraus resultie-

rende Veränderung der Unterrichtsorganisation. Alle Kinder müssen einen Rahmen finden, in dem sie auf ihrem Niveau lernen können, ohne dass der Aspekt des sozialen Miteinander vernachlässigt wird. Und dies ist in erster Linie die Aufgabe der integrativen, also der allgemeinen Schule. Integrative Pädagogik ist von daher innovative Pädagogik, für die es zwar schon viele erfolgreiche Beispiele gibt, wie die Praxis an vielen Schulen zeigt, die aber in jedem Einzelfall immer wieder neu erdacht werden muss. Und sie ist eine Pädagogik der Teamarbeit, der gemeinsamen Planung, Durchführung und Reflexion von Unterricht. In diesem Rahmen hat die Sonderpädagogik ihren Stellenwert, hier kann sie Inhalte, Methoden und Materialien für spezielle Lernbedürfnisse anbieten. Aber die integrativen Unterrichtsformen müssen von beiden Seiten, von den SonderpädagogInnen und den GrundschullehrerInnen neu gelernt oder gefunden werden, ohne sie kann sonderpädagogische Förderung nicht greifen.

Es müssen verbindliche organisatorische Strukturen für Integration geschaffen werden.

Die Planung differenzierter Lernprozesse kann nicht zwischen Tür und Angel stattfinden. Sie braucht Zeit, viel Zeit! Die in der Integration arbeitenden LehrerInnen wünschen sich daher in großer Übereinstimmung ein Zwei-Pädagogen-System und eine gemeinsame Vorbereitungsphase vor dem Start mit einer Integrationsklasse. Sie wollen sich sowohl die Unterrichtsarbeit mit der Klasse als auch die Unterstützung

der Kinder mit Behinderung teilen („Kompetenztransfer“). Sie fordern eingeplante Stunden für Teambesprechungen und professionelle Hilfe zur Verbesserung ihrer Kooperationsfähigkeit. Sie sehen die Notwendigkeit zur Entwicklung neuer Qualifikationen, die ein verändertes Anforderungsprofil von ihnen verlangt und sind bereit, diese durch Fortbildung zu erwerben. Aber Integration und Sonderpädagogik führen an vielen Schulen ein Schattendasein, die beteiligten LehrerInnen sind häufig immer noch EinzelkämpferInnen. Ein Großteil der Probleme rührt daher, dass es noch keine verbindlichen organisatorischen Strukturen gibt, die der integrativen Arbeit einen Rahmen geben und sie unterstützen. Auf schulischer Ebene wäre dies zum Beispiel die Berücksichtigung der Teambesprechungen als Teil der Arbeitszeit, die Einrichtung regelmäßig stattfindender Integrationsfachkonferenzen unter Teilnahme der Schulleitung und die Zugehörigkeit der SonderpädagogInnen zum Kollegium der Integrationsschule. Auf bezirklicher Ebene sollte, wie es in den Bezirken Spandau, Steglitz und Wilmersdorf der Fall ist, ein sonderschulunabhängiges Integrations- oder Förderzentrum eingerichtet werden. Seine Aufgabe für LehrerInnen sollte, neben der Koordination der sonderpädagogischen Arbeit, neben Fortbildungsangeboten und der Möglichkeit von Supervision auch die Schaffung eines Gremiums sein, das etwa in Form eigener Konferenzen oder Dienstbesprechungen die Belange der Integration im Bezirk diskutieren und voranbringen kann.

Hedwig Matt



Verantwortung füreinander übernehmen und sich gegenseitig helfen

Die Mühen der Ebene

Gemeinsame Erziehung in der Sekundarstufe I

Im Schuljahr 1998/99 gibt es in Berlin 36 Oberschulen (19 Gesamt-, 22 Haupt- und 5 Realschulen) mit 150 Integrationsklassen. Zusammen mit weiteren 61 Oberschulen werden darüber hinaus 170 Maßnahmen der Einzelintegration durchgeführt.

Von den Integrationsschulen sind sieben im „Schulversuch zur gemeinsamen Erziehung von Schülerinnen und Schülern mit einer geistigen oder schweren Mehrfachbehinderung“ und zehn im „Schulversuch Berufsorientierung und -vorbereitung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sekundarstufe I“.

Die Praxis in den Schulen ist noch extrem unterschiedlich. Es gibt auf der einen Seite ausgebauten Formen der inneren Differenzierung mit häufigen Gruppenbildungen, Wochenplanarbeit und Projekten sowie schulisch verankerten integrationspädagogischen Konferenzen bei gleichzeitiger enger Kooperation der beteiligten Kollegen/innen. Auf der anderen Seite gibt es aber noch vielerorts Formen sehr tradierten Frontalunterrichts mit geringer Berücksichtigung der Gutachtenschüler, die entweder überwiegend außerhalb der Klasse oder ausschließlich und allein vom Kooperationslehrer gefördert werden. Hier finden auch kaum Absprachen mit den Fachkollegen statt.

Gleichzeitig ist eine gewisse Ermüdung im Engagement einer Reihe derjenigen Kollegen/innen zu spüren, die bisher in relativ kurzer Zeit viel geleistet haben: die mühsame Reformarbeit gegen vielerlei Widerstände geht ihnen allmählich auf die Knochen!

Wo liegen die Gründe und Schwierigkeiten?

Neben eher strukturellen Problemen des dreigliedrigen Sekundarstufensystems, Ressourcenknappheit und immer noch bestehenden Vorbehalten gegen die gemeinsame Erziehung aus unterschiedlichen Motivlagen, sind vor allem folgende kritische Punkte zu benennen bzw. die entsprechenden Maßnahmen

daraus abzuleiten.

Rahmenpläne

Das Festhalten an unterschiedlichen Rahmenplänen in Integrationsklassen wird den veränderten Anforderungen integrativer Erziehung nicht mehr gerecht. Es muß grundsätzlich akzeptiert und in die allgemeinen Rahmenpläne aufgenommen werden, daß Kinder- und Jugendliche vorgegebene Ziele in unterschiedlichem Ausmaß erreichen. Entsprechend kritisch sind auch die offiziellen Vorgaben für die Beurteilung der Gutachtenschüler zu sehen, die in ihrer engen Orientierung an den jeweiligen Rahmenplänen (etwa der Schule für Lernbehinderte) den differenzierten Formen des Lernens und der Leistungserbringung in Integrationsklassen nicht gerecht werden.

Fort- und Weiterbildung

Aufgrund bisher weitgehend fehlender Angebote in der Lehrerbildung ist die Qualifikation der Kollegen/innen ganz auf Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen beschränkt. Oft können auch diese erst einsetzen, wenn die Entscheidung über die Arbeit in einer Integrationsklasse gefallen ist und kommen so zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kollegen/innen sowie schon mit vielerlei Neuem und zusätzlichen Belastungen konfrontiert sind. Die neu geschaffene Zusatzqualifikation für Leh-



rer/innen in Integrationsklassen ist hier ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Förderausschüsse

Die Förderausschußpraxis in der Sek. I ist nach wie vor nicht verbindlich geregelt. So gibt es von Bezirk zu Bezirk ganz unterschiedliche Vorgehensweisen. Zwar existieren erste Entwürfe für einen Verfahrensablauf und entsprechende Formblätter, aber es gibt noch keine entsprechenden Rundschreiben und vor allem Tendenzen einer zunehmenden Verbürokratisierung (jeder Förderausschuß soll erst beim Landeschulamt beantragt werden). Ob den Jahrgangsausschüssen in der 9. Klasse ein Förderausschußstatus zugesprochen wird (An- und Aberkennung vom Gutachtenstatus) ist weiter unklar.

Einzelintegration

Die Zunahme von Maßnahmen der Einzelintegration führt zu Schwierigkeiten an den Schulen, da die entsprechenden Förderstunden häufig an die Förderzentren vergeben werden und der Einsatz der Sonderpädagogen nicht hinreichend mit den Oberschulen koordiniert werden kann – die

Fortsetzung nächste Seite

**Schulversuch:
Gemeinsame
Erziehung mit
geistig und
schweren
Mehrfachbehin-
derungen**

Fortsetzung von Seite 11



**Rainer
Maikowski**

Sonderschulen planen den Einsatz der Kollegen/innen nach ihrem Stundenplan. So können die Sonderpädagogen oft nicht in den Fächern eingesetzt werden, in denen sie gebraucht werden und eine allgemeine Beratung der Kollegen ist nicht effektiv genug. Außerdem fehlen in der Einzelintegration Maßnahmen zur Veränderung des pädagogischen Angebots für die ganze Klasse.

Zielgleiche Integration

Auch im Bereich zielgleicher Integration gibt es in der Sekundarstufe I noch Defizite. So gibt es keine differenzierten Regelungen für den Nachteilsausgleich bei Körper- und Sinnesbehinderungen, wie ihn andere Bundesländer – etwa Hessen – haben. Die geringen Hinweise in der Ausführungsvorschrift „Zeugnisse und Noten“ sind zu wenig, so daß die Schulen hier einen erhöhten Beratungsbe-

darf haben und man vielen dieser Schüler/innen nicht gerecht wird.

Information/Beratung.

Es bedarf dringend einer Verbesserung von Information und Beratung aller mit der gemeinsamen Erziehung befaßter Personen. So sind etwa die Grundschulen noch unzureichend über die Übergangsmöglichkeiten: Sonderschule, Einzelintegration, abweichende Organisationsform (Integrationsklassen) und Schulversuche der Sekundarstufe I informiert.

Gymnasien

Die Gymnasien weigern sich beharrlich, ihren Teil an der gemeinsamen Erziehung zu tragen und etwa den gesetzlichen Auftrag an die Sekundarstufe, Formen zieldifferenter Integration zu erproben, auch für sich ernst zunehmen. Der gebetsmühlenartig wiederholte Hinweis auf das

Probahalbjahr ist durch die sich mittlerweile beteiligenden Realschulen längst widerlegt.

Schulrecht

Die verwaltungsmäßige Umsetzung der schulrechtlichen Bestimmungen erfolgt nur schleppend oder gar nicht. Außerdem stehen die bisher vorgelegten Entwürfe, etwa zur Rechtsverordnung, in diametralem Widerspruch zu dem vorliegenden Entwurf für ein neues Schulgesetz.

Berufliche Integration

Schließlich bedarf es verstärkter Anstrengungen zur Entwicklung neuer und integrativer Wege zur Überführung von Jugendlichen aus Integrationsklassen der Sekundarstufe in Formen beruflicher Orientierung und Qualifizierung – vor allem für die Gruppe der Jugendlichen mit stärkeren Behinderungen. **Rainer Maikowski**

Tragender Pfeiler von Schulentwicklung

Integrationspädagogische Lehrerbildung kaum vorhanden

Seit der Einführung der flächendeckenden schulischen Integration in der Berliner Grundschule und vielfältiger Integrationsmaßnahmen im SEK I-Bereich, zeigt sich dem Beobachter der Berliner Bildungslandschaft ein widersprüchliches Bild, zu umschreiben als „Sonderpädagogisierung der Integration“. Die Frage integrationspädagogischer Lehrerbildung ist im Zusammenhang dieser politischen Entwicklungen

zu betrachten. Heute zeigt sich nämlich, daß der Änderung des § 10 a Berliner Schulgesetz, von Integrationsbefürwortern lange gefordert und schließlich als erster Schritt begrüßt, nicht das erforderliche grundlegende Umdenken voranging, noch hat sie einen Wandel der Sichtweisen bei bildungspolitischen Entscheidungsträgern eingeläutet. Dies läßt sich beispielsweise an folgendem ablesen:

1. dem kontinuierlichen Abbau der stellenwirtschaftlichen Ausstattung von Integrationsklassen mit der Folge höherer Klassenfrequenzen und weniger Teilungsstunden;
2. der zunehmenden Umfunktionalisierung der Förderausschüsse zu sonderpädagogischen Überprüfungsinstanzen durch die administrative Weisung, die selbst in aufgeschlossenen sonderpädagogischen Kreisen als veraltet geltenden Intelligenztestverfahren einzusetzen;
3. der unzureichenden Vorbereitung und Begleitung der LehrerInnen, denen integrationspädagogi-

sche Angebote bislang nur fakultativ, unsystematisch und in geringem Ausmaße bereitgestellt wurden. Die einzige Ausnahme bildet die Kooperation der Hochschulen mit dem BIL, die seit dem laufenden Schuljahr integrationspädagogische Zusatzqualifikation anbietet.

Finanzpolitische Argumente reichen zur Erklärung dieser Mißstände nicht hin. Vielmehr offenbart sich unter dem aktuellen pekuniären Druck, daß in Berlin der gemeinsame Unterricht der Sonderpädagogik verhaftet bleibt, demzufolge Integrationspädagogik als additive Verknüpfung von Regel- und Sonderpädagogik interpretiert wird und überdies Schule sich fortwährend primär als Vermittlungsanstalt kognitiven Wissens versteht: Kinder mit „Behinderungen“ bedürfen „standortunabhängig“ der sonderpädagogischen Förderung durch Sonderpädagogen. Hierzu muß ihr sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt werden, besonders wenn sie äußerlich nicht sichtbarer intellek-



Auf dem Hof

tueller Beeinträchtigungen ver-dächtig sind, denn sonst könnten sie den ungehinderten Fortschritt der Wissensvermittlung in der Klasse behindern. Der soziale Aspekt des gemeinsamen Lernens zum Vorteil aller Kinder genießt allenfalls marginale Wertschätzung. Integrationspädagogisches (schulpädagogisches) Prinzip ist hingegen die gezielte Bejahung von Heterogenitäten als Entsprechung zur gesellschaftlichen Pluralisierung. Daraus folgt die Auflösung herkömmlicher schul- und unterrichtsförmiger Erstarungen und eine grundlegende Umdefinition der Lehrerrolle vom einzelkämpferischen Dompteur und Einrichter zum kooperativen Beobachter und Lernbegleiter. Sonderpädagogische Kompetenzen helfen hier jedoch wenig. Zu fordern ist demnach die Etablierung integrationspädagogischer Elemente in allen Phasen der Lehrerbildung, gemäß ihrem allgemeinpädagogischen Stellenwert repräsentiert in allen Ver-

staltungen unter dem Aspekt der jeweiligen Schwerpunktsetzung. Besondere Beachtung verdienen die Problematisierung des Lernbegriffs, Förderung der Kooperations- und Teamfähigkeit, flexible Umsetzung vielfältiger, situations- und schülerorientierter didaktisch-methodischer Arrangements, sowie das Training Teilnehmender Beobachtung und kommunikativer Validierung.

Ein integrationspädagogischer Pflichtenchein, wie er augenblicklich im Gespräch ist kann diesen Ansprüchen nicht gerecht werden und erfüllt allenfalls eine Alibi-funktion. Es ist bereits viel versäumt worden, und die Impulse der ersten Integrationseuphorie engagierter Lehrerinnen beginnen sich an den „Mühen der Ebene“ zu brechen. Besonders im Sekundarbereich macht sich der jahrzehntelange Reformstau der Schule behindernd (!) bemerkbar. Mit der Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts auf die Oberschulen

besteht eine neue Chance, die innovative Kraft, die von integriertem Unterricht ausstrahlt, für Schulentwicklung zu nutzen. Denn die Entwicklung des Systems Schule oder „Schule als lernendes System“ steht und fällt mit der Einbeziehung und Motivation der beteiligten Personen, sprich: der Lehrerinnen und Lehrer.

Ihre Bereitschaft, Schule umzugestalten zu einem „Haus des Lernens“, das allen Beteiligten Lebensraum bietet, sollte aufgegriffen, unterstützt und nach Kräften gefördert werden. Schul- und Bildungspolitiker sind aufgefordert, endlich vorhandene Ressourcen entsprechend zu nutzen, statt sich einerseits an halbherzigen kosmetischen Korrekturen abzuarbeiten und andererseits mit großen programmatischen Worten wie z.B. „Selbstevaluation“ Ängste zu schüren. Denn: Integration ist Schulentwicklung!

Sabine Knauer



Sabine Knauer

Gemeinsam Lernen – Gemeinsam Leben

Gemeinsame Erziehung im Freizeitbereich

Die gemeinsame Erziehung in den Freizeitbereichen Berliner Grundschulen findet immer noch ohne die dafür notwendigen Rahmenbedingungen statt. Da es keinen Rechtsanspruch auf einen Platz in einem Freizeitbereich gibt, fehlt es auch an gesetzlichen Regelungen für Kinder mit Behinderungen, die den Freizeitbereich einer Grundschule besuchen. Im Bereich der Kindertagesstätten sind die Bedingungen etwas besser.

Der § 5 des Berliner Kita-Gesetzes schreibt z.B. fest, dass keinem Kind auf Grund der Art und Schwere seiner Behinderung der Besuch der Kindertagesstätte verwehrt werden darf. Die Bereitstellung zusätzlichen Personals für die Betreuung behinderter Kinder wird im § 11 des Kita-Gesetzes geregelt. Je nach Schwere der Behinderung wird für jedes behinderte Kind eine 1/4 oder eine 1/2 Erzieherstelle als zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt. In den Freizeitbereichen der Berliner

Grundschulen werden Kinder mit Behinderung entweder nicht aufgenommen oder in einer Regelgruppe ohne zusätzliches Personal betreut. Die Regelgruppenstärke beträgt ca. 20 Kinder. Unter diesen Bedingungen beispielsweise ein körperbehindertes Kind oder ein Kind mit einer sozial-emotionalen Störung in die Gruppe aufzunehmen, läßt die Kolleginnen vor Ort an die Grenzen ihrer Belastbarkeit geraten. Zusätzliche sozialpädagogische Förderangebote sind unter diesen Bedingungen überhaupt nicht möglich. Gerade der Freizeitbereich bietet vielfältige Möglichkeiten der sozialen Annäherung zwischen behinderten und nicht behinderten Kindern. Ohne Leistungsdruck kann man Freundschaft schließen, gemeinsam spielen, sich akzeptieren lernen. Der Wunsch der Kinder nach gemeinsamer Freizeit ist sehr groß. Eine Ausgrenzung von Kindern mit Behinderung aus den Freizeitbereichen von Schulen ist ein Bruch im Tagesablauf dieser



Kinder. Während viele Kinder einer Schulklasse den Nachmittag gemeinsam verbringen, ist das behinderte Kind ausgeschlossen. Wie soll es das nicht als Nichtachtung seiner Person begreifen? Die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen, vor allen Dingen die Bereitstellung zusätzlichen Personals nach dem Vorbild des Kindertagesstätten-Bereiches, ist die Hauptforderung der Kolleginnen, die sich der gemeinsamen Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern verschrieben haben.

Ina Geidel

Fachgruppe Schulsozialarbeit

Perspektiven

Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts in Berlin



In der Bücherei

Die zunehmende gesellschafts- und bildungspolitische Bedeutung der Integration sowie die nationale und internationale Entwicklung, aber auch die 20jährigen Erfahrungen mit dem gemeinsamen Lernen in Berlin und die daraus gewonnenen Erkenntnisse erfordern nunmehr einen qualitativen Sprung in der Weiterentwicklung der Integration. Auch der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, in dem der integrativen Beschulung Priorität eingeräumt wird und im Ablehnungsfalle die Schulbehörden verpflichtet werden, in jedem Einzelfall substantiiert zu begründen, warum die Voraussetzungen für gemeinsames Lernen nicht hergestellt werden können, fordert dies.

Wir erleben seit einigen Jahren die paradoxe Situation, daß einerseits das wissenschafts- und erkenntnistheoretische Fundament der Sonderpädagogik immer stärker bröckelt und andererseits eine verstärkte Sonderpädagogisierung zu beobachten ist. So wurden immer wieder neue sonderpädagogische Begriffe und Aufgaben geschaffen; ganz offensichtlich



Dr. H. Eberwein

dient die neue Terminologie aber nicht der Grundlegung systemstruktureller Veränderungen und damit der Überwindung von Aussonderung, sondern der Stabilisierung der gegebenen schulischen Verhältnisse und deren sprachlicher Absicherung. Z. B. der Etikettenschwindel mit dem Begriff „Sonderpädagogisches Förderzentrum“ als Ersatzbegriff für „Sonderschule“. Bleidick, einer der bedeutendsten Sonderpädagogen in Deutschland, hatte schon vor 10 Jahren selbstkritisch über die von ihm entwickelte „Pädagogik der Behinderten“ geschrieben, daß die Zeit reif sei für eine kritische Revision und daß er jetzt wisse, daß diese Pädagogik einer vergangenen Phase der Wissenschaft angehöre. Im bundesdeutschen Vergleich liegt Berlin bezüglich der Integration zwar in der Spitzengruppe der Bundesländer, aber im europäischen Vergleich ist Deutschland mit einer Integrationsquote von nur 5 % integrationspädagogisches Entwicklungsland. Diese

Im europäischen Vergleich ist Deutschland mit einer Integrationsquote von nur 5 % integrationspädagogisches Entwicklungsland.

Quote liegt in Norwegen und Italien bei 100 %, in Portugal bei 70 %, in Spanien bei 50 %, in Schweden, Dänemark, Luxemburg, Großbritannien und Österreich bei 30 %, in der BRD – wie gesagt – bei 5 %. Dabei gilt Deutschland, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, als eines der reichsten Länder, gibt aber sehr viel weniger Geld für den Bildungsbereich aus als z. B. Portugal, Norwegen oder Finnland.

Aus dem Gesagten ergeben sich für die Weiterentwicklung der Integration in Berlin folgende grundlegende schulpolitische Forderungen:

1. Eine Änderung des Schulgesetzes, wonach integrativer Unterricht künftig den Regelfall darstellt.
2. Die sukzessive Umwandlung von Sonderschulen in integrative Regelschulen, wie es bereits bei mehreren Schulen für Lernbehinderte in Berlin der Fall ist.
3. Die Zurücknahme der geplanten Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung, da sie in einem integrativen System überflüssig ist.
4. Die Abschaffung von Förderausschüssen und die gleichzeitige Einrichtung von zusätzlichen Stundenpools für integrativ arbeitende Schulen, über die sie eigenverantwortlich verfügen können.
5. Die Überwindung eigenständiger Rahmenpläne für Kinder mit sogenanntem sonderpädagogischem Förderbedarf sowie der traditionellen sonderpädagogischen und behinderungsspezifischen Terminologie, die im Zusammenhang mit Sonderschulen entwickelt wurde, in einem inte-

grativen System aber keinen Sinn mehr macht.

6. Integrationspädagogik als obligatorischer Studieninhalt für alle erziehungswissenschaftlichen Studiengänge und Ausbildungsphasen. Das Lehramt „Lehrer an Sonderschulen“ entfällt. Spezielle Kenntnisse z. B. im Hinblick auf Kinder mit körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen können durch Schwerpunktbildung im Rahmen des allgemeinen Lehrstudiums erworben werden sowie durch eine institutionalisierte integrationspädagogische Lehrerfortbildung.

Hans Eberwein

Wechsel angemahnt

Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe

Veränderungen in der Lebenswelt der Kinder und die wachsende Bedeutung der Schule für das Leben von Kindern und Jugendlichen machen eine engere Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule notwendig. In der Praxis besteht allerdings immer noch ein auf getrennte Institutionen fixiertes Bereichsdenken. Kinder und Eltern, aber auch PädagogInnen brauchen verstärkt interdisziplinäre Beratung, Unterstützung. Weder die Schule noch die Jugendhilfe sind in der Lage, die Ganzheitlichkeit ihres Auftrages allein umzusetzen. Der Schule sind heute grundlegende Sozialisationsaufgaben zugewachsen, die die Familie nicht mehr wahrnimmt bzw. wahrnehmen kann. Der traditionelle Auftrag an die Schule – Wissensvermittlung und Vorbereitung auf den Beruf – muß ergänzt werden durch das Angebot, zugleich Ort des sozialen Lernens und Lebensort für die SchülerInnen zu sein. Bereits in der Grundschule werden in zunehmendem Maße Entwicklungsschwierigkeiten von Kindern, psychische Schwierigkeiten, Verhaltensprobleme, Lern- und Leistungsdefizite deutlich. Zugleich gibt es – ebenfalls in steigendem Maße – Kinder mit Benachteiligungen und Ausgrenzung (Armut, nichtdeutsche Herkunftssprache, geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung, Behinderung). Für diese Kinder besteht ein zusätzlicher Bedarf an Förderung, um Benachteiligungen auszugleichen und Chancengleichheit anzustreben. Alle Kinder und Jugendlichen können ganzheitlich in ihrer Entwicklung gefördert werden, wenn es eine stärkere Kooperation von Jugendhilfe und

Die GEW BERLIN fordert eine Stärkung des sozialpädagogischen Bereiches an den Schulen sowie eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Sozialpädagogik und Schulpädagogik. Vorgeschlagen wird, die zusätzlichen sozialpädagogischen Arbeitsfelder mit ErzieherInnen aus dem Überhang zu besetzen.

Schule gibt. Dazu ist erforderlich, daß eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schule und außerhalb der Schule befindlicher Jugendhilfeangebote stattfindet, sozialpädagogische Angebote an der Schule verstärkt werden.

Aufgaben der Sozialpädagogik

Sie muß präventiv arbeiten, der Förderung von Chancengleichheit dienen und in schwierigen Problemlagen beraten, begleiten und unterstützen. Sie soll zeitlich erweiterte Angebote zur Verfügung stellen, um auch vor und nach der Schule verlässliche Lebens- und Sozialräume zu schaffen. Hierzu müssen von der Politik die erforderlichen Rahmenbedingungen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Notwendige zusätzliche Angebote an den Schulen

- Schulstationen für alle Schulformen und Regionen (bisher gibt es in lediglich 109 Schulen Schulstationen, die fast ausschließlich aus Mitteln des Arbeitsförderungsgesetzes finanziert werden). Schulstationen verstehen sich als Anlaufstelle für „Konfliktmanagement“.
- Zusätzliche ErzieherInnenstellen an der Sekundarstufe I,

besonders in Brennpunktgebieten. Die bisherige Stellenausstattung sah z.B. für den Ganztagsbetrieb an Gesamtschulen lediglich 1 Stelle pro 100 SchülerInnen (gebundene Form) bzw. 1 Stelle für 200 SchülerInnen (offene Form) vor.

- Ausbau des Modells der verlässlichen Halbtagschule, Weiterentwicklung von Ganztagsgrundschulen.
- Erweiterung des Offenen Ganztagsbetriebes auf Klasse 5 und 6 (an den Grundschulen der östlichen Bezirke gibt es Ganztagsangebote bisher nur für die Klassenstufen 1 – 4, in den westlichen Bezirken gibt es Ganztagsangebote nur an 18 Grundschulen.

- Einführung eines Modellprojektes Integration im Freizeitbereich der Ganztagsgrundschulen (hierfür gibt es keine zusätzliche Stellenausstattung).
- (Präventive) Arbeit mit Schulverweigerern im Hauptschulbereich.

In diesen zusätzlichen Arbeitsfeldern könnten ErzieherInnen beschäftigt werden, die sich aufgrund rückgehender Kinderzahlen (in den Kindertagesstätten oder im Offenen Ganztagsbetrieb) im Überhang befinden und ohnehin vom Land Berlin finanziert werden.

Für 1999/2000 werden von der Senatsverwaltung für Inneres 700 bis 900 ErzieherInnen im Überhang erwartet, zusätzlich 400 ErzieherInnen aus dem Bereich des Landesschulamtes. Es wäre sinnvoll, wenn die ErzieherInnen, die in der Kita nicht mehr benötigt werden, künftig mit älteren Kindern und Jugendlichen arbeiten, für die es bisher kein bedarfsgerechtes sozialpädagogisches Angebot gibt. Modell:

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

Anzeige Passat, neuer Film

25 Jahre Migrant*innenpolitik

Die Diskussion auf dieser Konferenz wurde erstaunlich geschichtslos geführt, weil diese Minderheit schon lange vergessen wurde, als ob es sie nicht gäbe.

Vorbereitungsklassen: 1973 – 1981

Die Anzahl der Schüler in diesen Klassen hing davon ab, welche Änderungen der Ausländergesetze gerade eingetreten waren. Bei den ausländischen Schülern, die türkischer Herkunft waren, hing dies auch von der jeweiligen politischen Situation in der Türkei ab. Die Vorbereitungsklassen waren in großen Mehrzweckräumen, in winzig kleinen Räumen untergebracht. Ich erinnere mich daran, dass ich sogar einmal in einem Kellerraum unterrichten musste. Als Unterrichtsmaterial verwendeten wir Bücher für Deutsch als Fremdsprache, jedoch mussten wir Lehrer die Lern- und Lehrmaterialien meist selbst vorbereiten. SchülerInnen, die in der Türkei guten Schulunterricht hatten, lernten sehr schnell Deutsch. Die fast immer gut

Die Innenstadtkonferenz befasste sich mit dem Thema Bildungssituation von Migrant*innen. In der Öffentlichkeit entstand der Eindruck, gewaltige Anstrengungen seien initiiert worden. Wie fühlt man sich als Lehrerin, die seit 25 Jahren in diesem Bereich unterrichtet und erleben musste, dass mühsam erkämpfte und erarbeitete Fortschritte vor der Einführung einer Innenstadtkonferenz mit einem Federstrich abgeschafft wurden?

gebildeten Kinder der Facharbeiter der 70er Jahre waren besser als manche in Berlin geborenen SchülerInnen nicht-deutscher Herkunftssprache, besser als die zwei-, manchmal sogar mehrsprachigen Kinder der heutigen Generation. Je nach Herkunft gab es allerdings auch in solchen Klassen Kinder von Analphabeten, die selbst kaum eine Ausbildung hatten.

Erwachsenenbildung für die Eltern

Ich begann zusätzlich in der Volkshochschule als Dozentin

für die Ausbildung türkischer Landsleute in deutscher Sprache und mit der Aufklärung der Eltern türkischer Schüler über ihre Rechte und Pflichten in bezug auf Schule. Ich habe als ehrenamtliche Fachbereichsleiterin viele meiner Landsleute zu einer Ausbildung an die Volkshochschule Spandau gebracht und viele Kolleginnen für die Volkshochschule als Lehrkräfte gewinnen können. Lernort war nachmittags die Schule, an der auch die Kinder der Eltern lernten. Die kleineren Kinder wurden durch eine Erzieherin betreut.

Die Leitung der Volkshochschule war für meine Pionierarbeit zur Erwachsenenbildung damals sehr offen. Auch die evangelische Luthergemeinde unterstützte damals meine Arbeit. Wachsende Animositäten durch bestimmte politische Gruppierungen in Spandau gegen die türkische Kultur und Sprache haben leider später dazu geführt, dass ich meine Tätigkeit nicht mehr fortsetzen konnte. Die Möglichkeit, dass vor allem die Mütter Deutsch lernen konnten, hatte keinen Erfolg mehr. Das, was heute als neue Methode propagiert wird, haben wir damals schon gemacht...

Ausländerregelklassen

In den 80er Jahren wohnten inzwischen in unserem Schulsitzungsgebiet viele Ausländer. Ich fand es nicht gut, einen Teil der Schüler mit Bussen an andere Schulen zu bringen, um die Häufung von ausländischen Schülern zu verringern. Ich dachte, dass Ausländerregelklassen eine Lösung sein könnten.

Fortsetzung von Seite 17

„Die ErzieherInnen wachsen mit den Kindern“.

Förderung der Zusammenarbeit

- Regelung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule im Berliner Schulgesetz
- Entwicklung von Kooperationsvereinbarungen zwischen Jugendhilfe und Schule auf Landes- und Bezirksebene. Die Kooperationsvereinbarungen könnten z.B. regeln:
 - Abstimmung von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung
 - vermehrte Kontaktaufnahme zwischen Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen
 - Aufsuchen außerschulischer Lernorte und gemeinsame Gestaltung von Aktivitäten (gemeinsame Kinder- und Klas-

- senreisen, Faschingsfeste)
 - gemeinsame Elternarbeit
 - gemeinsame Veranstaltungen und Fortbildungen von Schul- und Sozialpädagogen
 - Öffnen der Schulen für außerschulische Veranstaltungen
 - Nutzung von Einrichtungen der Jugendhilfe durch Schulen (und umgekehrt), z.B. Fahrrad-Werkstätten, Fotolabors
- Vereinbart werden könnte z.B.

ein Modellversuch, in dem die Zusammenarbeit der vollen Halbtagsschule mit umliegenden Kindertagesstätten erprobt werden kann (Mittagesen von Schulkindern in der Kita, Gestaltung der Hortarbeit am Nachmittag unter Einbeziehung von möglichst vielen Schulkindern, soziale Elternbeiträge). Für eine verstärkte Zusammenarbeit der

Kinder- und Jugendhilfe mit der Schule hat sich ebenfalls der 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung ausgesprochen und entsprechende Empfehlungen dazu abgegeben.

Die GEW BERLIN fordert die Senatorin für Schule, Jugend und Sport sowie die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien auf, diesen Empfehlungen zu folgen und die zu ihrer Umsetzung erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Bärbel Jung



Für die Jugendhilfe ist die Zusammenarbeit mit der Schule verbindlich im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) § 81 festgeschrieben. Die Rechtsgrundlage der Schulsozialarbeit findet sich in § 13 KJHG bzw. in § 14 des Ausführungsgesetzes des Landes Berlin zum KJHG (AGKJHG). Im Berliner Schulgesetz findet sich dagegen kein Auftrag zur Zusammenarbeit.

Die GEW BERLIN kritisiert, daß auch der neue Entwurf des Schulgesetzes keine Vorgabe zur Kooperation enthält.



Foto: Christine Albert

Das ging an unserer Schule ein paar Jahre sehr gut, wir konnten sogar aus solchen Regelklassen Schüler direkt auf ein Gymnasium schicken. Nach 1985 wurden die Schüler selektiert. Gute Schüler wurden in die Regelklassen übernommen und aus diesen Regelklassen dann verhaltensauffällige Schüler in die sogenannten Ausländerregelklassen geschickt. Abgesehen davon, dass die derart zusammengestellten Klassen den Unterricht zur Tortur werden ließen, wurden die Klassenlehrer sehr oft für Vertretungsunterricht verwendet. Die Klassen mit den schwachen Schülern wurden aufgeteilt, es kam ja sowieso nicht darauf an, ob Unterricht für diese Schüler erteilt werden konnte.

Förderklassen

Heute werden Förderklassen nicht mehr aufgeteilt, damit die LehrerInnen für Vertretungen frei werden. Diese Klassen, in denen SchülerInnen sind, die Defizite vor allem in der deutschen Sprache haben, werden gefördert und mit Teilungsstunden gut versorgt. Seit etwa sieben Jahren haben diese Förderklassen ordentliche Klassenräume. Die Mitwirkung der Eltern bei der Förderung des Schulerfolges ist aber leider oft gering. An meiner Schule habe ich mehrere Generationen unterrichtet. Meine Schüler sagen: „Mein Papa war bei dir, meine Mama hat bei dir Deutsch gelernt.“ Ich bin zufrieden und noch gesund, aber glücklich kann ich nicht sein. Solange

meine Schüler, deren Eltern 20-30 Jahre hier leben, ein Visum oder eine Aufenthaltserlaubnis beantragen müssen und solange nicht in allen Bereichen unserer Gesellschaft Menschen nichtdeutscher Herkunft vertreten sein können, als Polizist, als Lehrer und auch sonst bei Behörden und Ämtern, ist die Situation nicht normal.

Als ich in einer 4. Klasse im Fach Sachkunde Atlanten verteilt hatte, rief ein türkischer Junge zu einem anderen: „Mehmet, Mehmet, guck die Türkei ist auch auf der Landkarte abgebildet“. Wie es dieser Schüler erstaunlich fand, dass die Türkei überhaupt in den Lehrbüchern vorkommt, so waren seine Erfahrung und die seiner Eltern eher so, dass die Türkei nur als verachtenswert in den Medien vorkam und sonst verschwiegen wurde. Und da gibt es Politiker, die sich darüber wundern, dass in vielen türkischen Familien lieber türkische Fernsehsender wie TRT-Int oder Privatfernsehsender gesehen werden und nicht das deutsche Fernsehen.

Seit kurzem stehen die Ansaiger beim Wetterbericht nicht mehr vor der Karte der Türkei, so dass man jetzt Hinweise über das Wetter in der Türkei bekommt. Inzwischen ist auch klar geworden, dass Europa nicht am Bosphorus aufhört, sondern Anatolien zu Europa gehört. Die Kollegen fangen sogar an, die türkischen Namen der Kinder richtig zu schreiben und auszusprechen. Welch ein Fortschritt!

İlter Gözkaya-Holzhey



Pädagogische Buchhandlung
Iris Andres

Stubenrauchstr. 9 • 12161 Berlin

Telefon 851 55 68 / Fax 851 44 53

Mo-Fr 12-19 Uhr und Sa 10-13 Uhr

Ich freue mich auf Ihren Besuch.

- Lernhilfen
- Unterrichtsmaterialien
- Lernspiele
- Kinderbücher
- Software
- Ratgeber
- ausgewähltes Kinderspielzeug
- Bestellservice

Anzeige in der blz?

Na klar!

Tel: 0 30/21 99 93 46 ■ Fax: 0 30/21 99 93 49

Sachkunde 4. Klasse – Mittelalter, Ritter, Burg

Wetterunabhängige, kindergerechte Führungen, die Spaß machen.

Kostenfreies Unterrichtsmaterial. Günstige Gruppenpauschalen.

Zitadelle Spandau mit Juliiusurm und Altstadt o. „Unter den Linden“.

HANFS ZAUBERLAMPENTHEATER präsentiert: *Geisterjagd mit Schatzsuche*
Aktionsmärchen in den Gewölben der Burg mit Geist & Geschenken. (Auch Osterferien)

Seit 20 Jahren – Thorsten Hanf (Servitour)

Tel: 361 55 17 – Fax: 36 28 10 01

Funk: 0172 71 86 76 3 – e-mail: 1a@servitour.de

Jetzt was Gesundes!

Kraftprotz-Brot

„Sport ist Gesund - richtige Ernährung auch. Deshalb vertraue ich Bäcker Wiedemann, denn er verwendet nur wertvollste Zutaten: veredeltes Steinmetz-Mehl, Natursauerteig, frische geraspelte Möhren und Kürbiskerne. Einzigartig in Berlin!“

Kraftprotz-Brot
mit frischen Möhren
und Kürbiskernen

BÄCKER WIEDEMANN

backt alles aus **STEINMETZ** Mehl

Backtradition seit 1895

© PRESSE

4

blz-Serie

Schulen in Berlin



SchülerInnen fühlen sich wohl

Foto: S. Arnz

Die Werner-Stephan-Oberschule

Die WSO, Hauptschule in Nordtempelhof, ist in den letzten Jahren mit einer Reihe von Projekten bekannt geworden, die trotz der Problematik der Schulform Hauptschule Ausdruck einer positiven Schulentwicklung sind.

Tradition und Ziele der WSO

Im Zentrum der Arbeit des Kollegiums standen und stehen die Schüler mit all ihren Problemen, Sorgen, Defiziten, aber auch ihren besonderen Stärken und Fähigkeiten. Dies ist die Tradition der Schule – das Kollegium ist sich dieser Tradition bewusst. Ein Teil des Kollegiums arbeitet seit über 20 Jahren an der Schule, immer noch mit großem Engagement. Hinzugekommen sind junge KollegenInnen mit neuen Ideen und Vorstellungen – leider immer noch zwangsteilzeitbeschäftigt.

Pädagogische Ziele

Es besteht weitgehender Konsens über die Ziele:

- Toleranz gegenüber MitschülerInnen, die „anders“ sind, denken und handeln.
- Praktisches, handlungsorientiertes Lernen in immer mehr Bereichen der Schule, ausgehend von den Erfahrungen im Fach Arbeitslehre.
- Individuelles Lernen und optimale Förderung durch differenzierte Lehr- und Lernmethoden, ausgehend von den tatsächlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen der SchülerInnen.
- Gute psychosoziale Betreuung während des Schultages sowie über die Schule hinaus.
- Umfangreiche und qualitativ gute Beratung für die persönliche Zukunft der SchülerInnen nach Beendigung der Schule.

Die langjährige Nichtakzeptanz der Schule in der Bevölkerung im Umfeld einerseits und die Erkenntnis im Kollegium andererseits, dass die gute Arbeit in vielen Bereichen der Schule besser strukturiert und organisiert werden muss, neue Ressourcen erschlossen und neue, teilweise seit langem

entwickelte Ideen verwirklicht werden müssen, führte schrittweise zum jetzt vorliegenden Schulprogramm.

Projekte zur Schulentwicklung

- 40 – Minutenmodell als organisatorische Klammer für Veränderung.
- Koop-Unterricht in möglichst vielen Fächern.
- Integrationsklassen in allen Jahrgängen.
- Besonderes Modell zur Integration ausländischer Seiteneinsteiger.
- Schulstation als immanenter Bestandteil der Schule.
- Cafeteria als Unterrichtsfach im Bereich Arbeitslehre.
- Umfangreiches AG-Angebot im Anschluss an den Unterricht.

Der Entwicklungsprozess konnte eine erhebliche Beschleunigung und Konsolidierung erreichen durch Beteiligung der WSO an dem Modellversuch „Selbstwirksame Schulen“, durch intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den betei-

ligten Schulen sowie viele Impulse in gemeinsamen Fortbildungen.

Modellversuch Selbstwirksame Schulen

Der BLK-Schulversuch, an dem 10 Oberschulen aus unterschiedlichen Bundesländern teilnahmen, hatte das Ziel, Schulentwicklung zu unterstützen unter der Überschrift: „Förderung der Selbstwirksamkeit aller am Schulleben Beteiligten, allen voran SchülerInnen und LehrerInnen“. Die Idee von der Stärkung der Selbstwirksamkeit als Motor für Schulentwicklung überzeugte im Verlauf des Modellversuchs immer mehr. Zur Klärung der Begriffe:

Positive Selbstwirksamkeitserwartung ist die subjektive Gewissheit, neue und schwierige Anforderungen auf Grund eigener Kompetenz meistern zu können. Sie bewirkt Vertrauen in eigenes Können, fördert Erfolgserlebnisse und entlastet beim Umgang mit Misserfolgen.

Ein Beispiel für Selbstwirksamkeit

Die Idee, die Cafeteria in den Arbeitslehre-Unterricht des 10. Jahrgangs zu integrieren, hat sich als besonders sinnvoll erwiesen. Für SchülerInnen und LehrerInnen ist die Arbeit in und für die Cafeteria Teil ihrer normalen Arbeitszeit (40 – Min.-Modell). Die Unterrichtsinhalte des AL-Kurses „Handeln und Verwalten“ werden abgedeckt und haben – das ist das Entscheidende – eine ständige unmittelbar erfahrbare praktische Relevanz. Die Bedeutung von Pünktlichkeit beim Brötchenschmieren morgens um 7.30 Uhr, von Zuverlässigkeit beim Verkauf, von Umsicht bei der Planung bis hin zu Kenntnissen in Mathematik bei der Abrechnung und Buchführung werden von allen TeilnehmerInnen erfahren, akzeptiert und erlernt. Die Organisation der täglichen

Versorgung einer Schule mit 340 SchülerInnen und 50 LehrerInnen mit Essen und Getränken ist eine hohe Anforderung, bei deren Erfüllung alle Beteiligten Stolz, Zufriedenheit und teilweise völlig neues Selbstbewusstsein entwickeln. Diese Erfahrung beweist besonders eindrucksvoll den Grundgedanken des Modellversuchs. SchülerInnen, die in ihrem bisherigen (Schul-) Leben häufig die Erfahrung gemacht haben, nichts oder wenig zu können, erleben das genaue Gegenteil; sie können eine schwierige Anforderung bewältigen, haben eine große Bedeutung für die ganze Schule.

Auswirkungen

Besonders interessant war es zu erleben, dass SchülerInnen aus einer besonders schwierigen Klasse während der Zeit der Cafeteria-Arbeit auch ihre Lernbereitschaft in den übrigen Fächern und damit ihre Schulleistungen insgesamt sichtbar steigern konnten.

Unsere Konsequenz ist jetzt, die Erfahrung der praktischen Relevanz von Arbeit in der Schule auf andere Bereiche der Schule zu übertragen.

Ähnlich positive Erfahrungen können wir auch an der Einbeziehung der SchülerInnen in Verantwortung für Schule in

der SV-Arbeit feststellen: das Erlebnis, z.B. im Streitschlichtertraining Erlerntes in Konflikten auf dem Schulhof oder im Klassenzimmer erfolgreich anwenden zu können, stärkt das Selbstwertgefühl der SchülerInnen, ihr Bewusstsein von ihrer eigenen Bedeutung für die Gemeinschaft.

Schulklima

Viele Besucher der WSO machen die Erfahrung eines ausgesprochen entspannten angenehmen Klimas. Nach jahrelanger Frusterfahrung mit Schule kommen viele SchülerInnen der WSO gern in die Schule. Das Bemühen um ein gutes Arbeitsklima ist spür-

bar. Besondere Bedeutung hat die „Erweiterte Schulleitung“, die (noch ohne gesetzliche Grundlage) inzwischen im vierten Jahr erfolgreich gemeinsam Verantwortung für die Schule trägt. Transparenz von Entscheidungen, gute und reibungsarme Organisation des Schulalltags trägt zu einem entspannten Schulklima bei. Es macht vielen KollegInnen Spaß, an der WSO zu arbeiten – nicht, weil es keine Probleme gibt, sondern weil die Grundhaltung heißt: Probleme erkennen, anpacken und lösen. Dazu ist dann auch schon mal eine Demonstration der ganzen Schule zum Landesschulamt nötig, wie vor

zwei Jahren, um die Weiterbeschäftigung der damals noch mit Fristvertrag beschäftigten jungen KollegenInnen durchzusetzen.

Die Entwicklung der WSO, verbunden mit einem neuen Selbstbewusstsein der gesamten Schule, mit dem Schulleitung, LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern die Arbeit der WSO nach außen vertreten, hat zu einer grundlegend veränderten Sicht auf die Schule in der Öffentlichkeit geführt. Inzwischen hat sich der Ruf einer innovativen Schule in der Berliner Schullandschaft gefestigt und – gegenläufig zum Hauptschultrend – auch zu einer erheblich gesteigerten Akzeptanz der Schule in der unmittelbaren Wohnumgebung geführt. Im laufenden Schuljahr musste eine große Anzahl von SchülerInnen abgewiesen werden, da die Anmeldezahlen die Kapazitäten bei weitem überschritten haben.

Siegfried Arnz



Ein Beispiel für „Selbstwirksamkeit“:
Cafeteria in SchülerInnenhand

Foto: S. Arnz

Werner Stephan Oberschule
(Hauptschule):
Alt Tempelhof 53 – 57, 12103
Berlin-Tempelhof
Tel.: 7560/2671 Fax: 7560/2668
Email:
Internet: <http://home.t-online.de/home/wso.berlin/wso.htm>
Schulleiter: Siegfried Arnz
GEW-Vertrauensleute: Helmut Ruppertsberg, Katharina Michalke

Die Martin-Buber-Oberschule in Spandau

Die Martin-Buber-Oberschule wurde 1968 als eines der vier „Mutterklöster“ der Berliner Gesamtschulbewegung gegründet und zwar als erste Gesamtschule im Halbtagsbetrieb. Sie liegt am westlichen Rande von Spandau in einem reizvollen Schulgelände und bezeichnet sich nicht von ungefähr als „Schule im Grünen“.

Missst man schulischen Erfolg in Form von Attraktivität bzw. Nachfrage und qualifizierter Schülerzusammensetzung, hat sich die MBO mit Sicherheit in diesen Jahren zu einer der drei gefragtesten Berliner Gesamtschulen entwickelt: In diesem Jahr, bewarben sich 400 Schülerinnen und Schüler um die 150 Plätze im 7. Jahrgang. Dabei konnten wir aufgrund der heterogenen Drittelung nach

Grundschulempfehlungen nur zwei von drei gymnasialempfohlenen Schülern aufnehmen, bei den realschuleempfohlenen sogar nur jeden dritten Schüler.

Schule der Vielfalt

Wir verstehen uns als eine „Schule der Vielfalt“: Vielfalt in der Zusammensetzung der SchülerInnen nach Fähigkeiten und Neigungen, in den unterschiedlichen und außer-

terrichtlichen Angeboten und in den individuellen Profilierungsmöglichkeiten.

Von daher legen wir großen Wert darauf, nicht nur in einzelnen Zügen (vgl. Europaschulen, Schnellläuferklassen etc.) ein besonderes Bildungsangebot zu machen, sondern allen Schülern bzw. deren Eltern.

Kernstück dieser Profilierung ist die Bildung der Klassen nach dem Wahlpflicht-, also dem Neigungsprinzip: Bei der Anmeldung an der MBO wählen die Schüler ein Fach ihrer Neigung (2. Fremdsprache, Kunst, Musik, Sport etc.) aus und werden auf der Basis dieser Wahl in einer Wahl-

pflichtklasse zusammengefaßt. Da wir mehr Wahlpflichtfächer als Klassen haben, bilden wir Fächerkombinationen (z.B. Kunst/ Französisch, Musik/Französisch, Arbeitslehre/Naturwissenschaften etc.) Wir lassen uns dabei von dem Gedanken leiten, dass gemeinsame Interessen das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Klasse, Gruppenstabilität und die Identifikation mit Klasse und Schule stärken. Dazu gehört entsprechend die Teilnahme an sportlichen Wettbewerben, Ausstellungen, Auslandsfahrten, Musikabenden. Wenn darüber hinaus auch noch die WahlpflichtlehrerInnen in

Fortsetzung nächste Seite



Schule im Grünen

besonderem Maße KlassenlehrerInnenfunktionen übernehmen, ist ein hohes Maß an Interessensübereinstimmung und erzieherischer Dichte erreicht, ganz im Sinne von Martin Buber: Erziehen heißt Einfluß nehmen durch Kontakt. Auf diese Art und Weise erhalten bei uns neben der Wissensvermittlung die pädagogische Betreuung durch die Lehrer („Zuwendung ist besser als perfekte Lernorganisation“) und kooperative Strukturen in Schulleitung und Kollegium und zwischen Schulleitung und Kollegium Bedeutung.

Aktivitäten außerhalb des Unterrichts

Das für eine Halbtagschule umfangreiche Angebot an 60 Arbeitsgemeinschaften trägt weiterhin zur Profilierung der SchülerInnen bei: Von English Theater und Literaturzeitschrift über diverse Bands und Orchester, Sport-AGs, Computer, Garten-Arbeit erhalten Schüler Gelegenheit, sich unabhängig von ihren sonstigen schulischen Leistungsfähigkeiten, aber auch zur Vertiefung ihrer Leistungsprofile zu betätigen.

In vielen dieser AGs wiederum können die SchülerInnen die Erfahrung machen, wichtiger Teil eines gemeinsamen Ganzen zu sein und dabei erfolgreich sein zu können: Musical-Produktionen, Sportwettkämpfe, Talent Shows, MBO on Video, Literaturlesungen etc. Kern all dieser Aktivitäten ist,

als SchülerInnen positive Bildungserfahrungen machen zu können und sich akzeptiert und bestätigt zu fühlen, und als LehrerInnen, sich individuell und an Neigungen orientiert in die Schulgemeinschaft einbringen zu können.

Preisverleihungen und Auszeichnungen

In diesem Zusammenhang haben auch Feiern, Auszeichnungen, lobende Erwähnungen, Urkunden, Preisverleihungen für Lehrer wie für Schüler eine große Bedeutung. Der Erfolg dieses Konzeptes in den zurückliegenden Jahren bestätigt uns in unseren Bemühungen: Nicht nur die Zahl und die Qualität der Anmeldungen für den 7. Jhg. erhöhten sich von Jahr zu Jahr. Auch die Zahl der qualifizierten Abschlüsse verbesserte sich ständig: So gingen im letzten Jahr 80 Schüler auf die Gymnasiale Oberstufe über, die zusammen mit zwei Aufbauklassen und Schulwechsellern Spandauer Gymnasien dafür sorgen, dass die MBO eine der größten Gymnasialen Oberstufen in Berlin hat (z.Zt. 430 Schüler) und damit wiederum ein sehr umfangreiches Kursangebot. Aber auch die Tatsache, dass keine SchülerInnen den letzten 10. Jahrgang ohne Abschluss verließ, ist erwähnenswert.

Schulpartnerschaften und Zukunftsprojekte

Mit insgesamt elf Schulpartnerschaften hat die Schule

sehr rege internationale Kontakte von den USA, über deutsch-polnische Schülerbegegnungen, bis hin zu Russland – und koordiniert im Rahmen des Comenius-Programms eine Gruppe von sieben teilnehmenden Schulen. In diesem Sinne („Austausch von Projekten zur Förderung des europäischen Gedankens“) verstehen wir uns als „Europaschule“.

Die MBO ist weiterhin eine der beiden Berliner Pilotschulen im TIMSS Nachfolgeprojekt „BLK-Modellversuch zur Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts“.

Auch auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie bemüht sich die MBO um ein zukunftsorientiertes Bildungsangebot: Sie hat mit dem Aufbau eines Intranetzes begonnen, durch das alle Rechnerplätze der Schule miteinander verbunden werden. Es soll zukünftig gewährleistet werden, dass über die Schule und nicht nur über den Geldbeutel der Eltern allen Schülern systematisch

Zugang zu dieser modernen Kulturtechnik vermittelt wird.

... und alle machen mit

Die Erfolge der Schule beruhen vor allem auf dem langjährigen Engagement und der Innovationsbereitschaft eines Kollegiums, das sich mit dieser Schule identifiziert, in schulpolitischen Fragen an einem gemeinsamen Strang zieht und in Kooperation mit einer sehr engagierten Elternschaft, die z.B. die Schulcaterina selbstständig organisiert, allen alltäglichen Widrigkeiten (z.B. sehr beengte schulische Räumlichkeiten) und der gesamten betrüblichen Bildungslandschaft zum Trotz (immer vollere Klassen, immer ältere Lehrer) sich für seine Schüler eingesetzt hat.

Martin-Buber-Oberschule
(Gesamtschule)
Im Spektefeld 33,
13589 Berlin-Spandau
Tel.: 373 20 54 Fax: 373 20 57
Email:
mbo@martinbuber.be.schule.de
Internet: <http://www.shuttle.schule.de/b/martinbuber>
Schulleiter: Elmar Kampmann
GEW-Vertrauensleute: J. Harnischfeger, I. Wiebe, C.-J. Harms



Ein Schulhof zum Erholen

Das neue Schulgesetz

Kann wegfallen!

Vier Leitideen bilden das Gerüst des Entwurfs – so die Senatorin im Vorwort.

- Die Leitidee des Rechts auf Bildung, das jedem Kind zusteht.
- Die Leitidee der pädagogischen Autonomie der Schule.
- Die Leitidee der Öffnung der Schule.
- Die Leitidee der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung der Berliner Schule.

Der Absicht kann man zustimmen. Bleibt die Frage, ob dafür ein neues Gesetzes notwendig ist!

Das Recht auf Bildung, das jedem Kind zusteht, ist in der Berliner Schule seit dem ersten Schulgesetz nach der Kapitulation nicht nur gesichert, sondern auch inhaltlich klar und klug bestimmt und in den letzten 50 Jahren weiterentwickelt worden. Weshalb ein neuer Entwurf an so schwieriger Materie?

„Schule ohne Aussonderung“ – unter dieser Leitidee wurde die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf spätestens seit Ende der achtziger Jahre gesetzlich verankert. Was macht der neue Entwurf daraus? „Junge Menschen mit besonderer Begabung, mit schwerwiegenden sozialen Nachteilen und mit Behinderungen sind besonders zu fördern“ (vgl. § 2 (1)). Richtig! Unter „Grundsätze der Verwirklichung“ (§ 3) heißt es: „Die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geschieht vorrangig (!) im gemeinsamen Unterricht“. Warum so behutsam? Warum keine weitgreifende Zielvorstellung, deren Einschränkungen derzeit eben noch hinzunehmen sind? Insbesondere aber: Warum bei „gemeinsamen Unterricht“ nicht auch die Nennung von „jungen Menschen

Für das neue Schulgesetz kann sich unser Autor überhaupt nicht erwärmen: Er mag dem Entwurf allenfalls bescheinigen, daß er zur Diskussion anregt. Eine vernichtende Kritik vom Schatzmeister der GEW BERLIN

mit besonderer Begabung“? Dem Autor soll nicht gleich die Förderung der Sonderschule für Hochbegabte unterstellt werden – freilich, so wohlthuend knapp und klar die Leitideen sind, genauso gilt: In ein Konvolut von circa 80 Seiten Gesetzestext läßt sich viel einflechten, was mit ihnen nichts zu tun hat. Aus einem nicht erklärbaren Drang nach Vollständigkeit wird geregelt, was das Zeug hält: Am Ende werden unter dem Paragraphen „Fachaufsicht“(!) sogar noch abschließend alle (!) in der Berliner Schule tätigen Fachberaterbereiche aufgezählt.

Autonomie der Schule! Keine sehr neue Leitidee. Warum aber gerade jetzt, da die Schule personell wie noch nie zur Ader gelassen wird? Schulen und die darin Tätigen waren es, die der Berliner Schule in der konkreten Ausprägung in der Vergangenheit oft ihr „autonomes“ Profil gaben. Die Integration wurde aus den Schulen heraus angestoßen – nicht, weil die Frage nach einem Schulprogramm auf der Tagesordnung stand. Auch ein noch so ausgefeiltes Berichtswesen (Fortschreiben eines Programms, Anfertigen von Berichten, usw.) begründet keine inhaltliche Innovation! Berge von Papier, Gremien, Ausschüsse befördern weder Weiterentwicklung noch Qualitätssicherung!

Was hat Schulen bisher daran gehindert, innovativ tätig zu werden? In meinen Augen in erster Linie zwei Dinge: Pädagogische Innovation ist

mit Engagement, Einsatz und Mehrarbeit verbunden. Lehrkräfte sind nicht immer Idealgestalten. Mancher Prozeß der Weiterentwicklung ist in den Kollegien selbst stecken geblieben – die Gründung der Gesamtschulen in den siebziger Jahren hatte z. B. schwer daran zu tragen, daß es Neugründungen waren, daß es kaum ein Kollegium gab, welches sich selber zur Gesamtschule weiterentwickeln wollte. Und ein zweiter Grund: Profilbildung bedarf der materiellen Absicherung. Im Gesetz wird dazu nur geschwiegen.

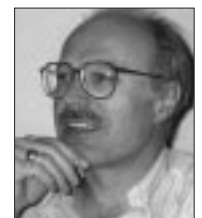
Was aber, wenn die Autonomie der Schule zu Lasten der Kinder geht? Kann es so etwas überhaupt geben? Der Autonomie der Schule als Ganzes entspricht die Autonomie der Lehrkraft dort, wo sie „hoheitlich“ tätig ist: beim Zensurengeben. Kernsatz des bisherigen SVG war für alle Lehrer*innen, war für die Schulleitung: Sicherung einer einheitlichen Leistungsbewertung. Diesen Satz habe ich im neuen Entwurf an keiner Stelle gefunden. Wer schützt die SchülerInnen, wenn sich eine Lehrkraft zu autonom verhält, ihren Ermessensspielraum zum eigenen Vorteil (miß)braucht, sich die Arbeit zu leicht macht und dies auch noch gut zu verteidigen weiß. Die Aussagen zur Qualitätssicherung aus der Schule selbst heraus sind mir da bei weitem nicht klar genug.

Ein letztes: Fünf Seiten Gesetzestext zur Schulleitung und ihrer Bestellung! Und der

wichtigste Satz, der die Berliner Schule bisher geprägt hat und der für eine beteiligungsorientierte Schulentwicklung unverzichtbar ist, fehlt: Der Schulleiter leitet die Schule auf kollegialer Grundlage. SchulleiterInnen sollen stattdessen nun u.a. das Recht bekommen, dienstliche Beurteilungen zu erstellen, an Auswahl von Lehrkräften und Erziehern bei Einstellung und Umsetzung explizit wesentlich beteiligt zu werden. Schulleiter, die die im Entwurf vorgesehene Fülle von Funktionen eines Dienstvorgesetzten erhalten, mögen die Hoffnung hegen, es sei bei der dann gegebenen Machtfülle leichter, eine Schule zu leiten. Das ist ein Irrtum: Eine beteiligungsorientierte Schulentwicklung bedarf einer inneren Struktur, die nicht durch noch mehr Hierarchie mit fein abgestufter Machtvollkommenheit geprägt ist, sondern in der Kollegialität und Autorität durch überzeugendes Handeln – nicht nur Reden – wichtige Elemente sind. Apropos: eine SchulleiterIn, belastet mit der Fülle der im Gesetz vorgesehenen Aufgaben, hat schlicht gar keine Zeit mehr um zu unterrichten. Sie oder er muß Schülern und Lehrkräften fremd werden.

Zur Diskussion regt der Entwurf eines Schulgesetzes sicher an. Ein Stein ist ins Wasser der Berliner Schule geworfen worden, der Wellen schlägt. Das Schlechteste wäre es nicht, er ginge darin ebenso unter wie ein Stein.

Hans-Gerd Prause



Der Bundesgesetzgeber hat nunmehr die Forderungen der EU-Mutterschutz-Richtlinie durch die Mutterschutzrichtlinienverordnung (MuSchRiV) in deutsches Recht umgesetzt. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Verordnung:

1. Der Arbeitgeber muß rechtzeitig für jede Tätigkeit, bei der werdende oder stillende Mütter durch chemische Gefahrstoffe, biologische Arbeitsstoffe, physikalische Schadfaktoren oder bestimmte Arbeitsbedingungen gefährdet werden

Beschäftigte an Sonderschulen für Geistig- und Körperbehinderte sind besonderen Infektionsgefahren durch Hepatitis-Viren ausgesetzt (vergl. blz 11/98). Für werdende Mütter gelten Rötelviren als besonders gefährlich.

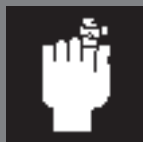
Physikalische Schadfaktoren sind z.B. Lärm, Stöße, Erschütterungen, heftige Bewegungen, wie bei Aufsichten, aber auch Bildschirmarbeit und das Heben und Tragen schwerer Lasten.

Die als Anlage zur MuSchRiV geführte Liste der Gefahrstoffe, biologischen Arbeitsstoffe

Kollegin im Sinne der Verordnung und nach den Regeln des Arbeitsschutzgesetzes untersuchen und beurteilen. Dabei muß er den Faktoren Lärm, Stöße und Erschütterungen, Heben und Tragen von Lasten, Infektionsgefährdungen, Streß und der Schulorganisation besondere Beachtung schenken. Nach dem Willen des Landesschulamtes sollen die SchulleiterInnen vor Ort mit diesen Aufgaben beauftragt werden. Das Versäumen dieser Untersuchung gilt nach der Verordnung als Ordnungswidrigkeit. Kolleginnen, denen ihre

Aufruf zur Gründung einer AG Umwelterziehung

Das Thema „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ war bisher im Schulbereich überwiegend eine Angelegenheit von Personalräten. Gesunde Arbeits- und Umweltbedingungen betreffen aber auch unsere SchülerInnen. Nur sparsamer, verantwortungsbewußter und schonender Umgang mit unserer Umwelt sichert nachfolgenden Generationen ein Überleben. Dies geht aber über die Arbeit von Personal-



Arbeits- und Gesundheitsschutz



können, Art, Ausmaß und Dauer der Gefährdung beurteilen (§ 1 Abs.1 MuSchRiV).

2. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, werdende oder stillende Mütter sowie die übrigen bei ihm beschäftigten Arbeitnehmerinnen und, wenn ein Personalrat vorhanden ist, diesen über die Ergebnisse der Beurteilung... und über die zu ergreifenden Maßnahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu unterrichten (§ 2 ebenda).

Das bedeuten konkret, dass neben den in den naturwissenschaftlichen Sammlungen vorhandenen Gefahrstoffen im Schul- und Bürobereich auch Kleber, Korrekturstoffe, Verdüner, Faserstifte, aber auch Reinigungsmittel als Gefahrstoffe gelten. Ozon, der häufig von Kopiergeräten beim Kopieren erzeugt wird, ist ebenfalls ein Gefahrstoff im Sinne der GefahrstoffVO. Für werdende und stillende Mütter gelten krebserregende und das Erbgut oder das Kind im Mutterleib schädigende Stoffe als besonders gefährlich.

Gefährdungen durch biologische Arbeitsstoffe können durch Viren von mit ansteckenden Krankheiten infizierten Virenträgern ausgehen.

und physikalischen Schadfaktoren sind ausdrücklich als nicht erschöpfend bezeichnet. Der Arbeitgeber muß, sobald ihm eine Schwangerschaft bekannt gemacht wird, den Arbeitsplatz der betroffenen

Schwangerschaft bekannt ist, sollten unverzüglich ihren Personalrat um Unterstützung bei der Durchsetzung der vom Gesetz geforderten Untersuchung bitten.

Manfred Triebe



Heute: EG-Mutterschutz- Richtlinie

räten weit hinaus. In unserem Organisationsbereich gibt es an einer Reihe von Schulen verschiedene Umweltprojekte und Ansätze zur Behandlung ökologischer Themen und Konzepte im Unterricht. Material für solche Themen und Konzepte gibt es in Hülle und Fülle. Gerade im vergangenen Herbst hat die Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz eine Wette mit der Bundesregierung abgeschlossen, daß Klimaschutzziel der Bundesregierung für die kommenden 7 Jahre an den Schulen in nur 7 Monaten zu erreichen.

Ich möchte dies zum Anlaß nehmen, um zur Gründung eines Arbeitskreises „Umwelterziehung“ aufzurufen. Ziel des Arbeitskreises soll die Unterstützung und Koordination von Initiativen, Unterrichtsprojekten aber auch Information und Qualifizierung von allen an Umweltfragen interessierten Kolleginnen in unserem Organisationsbereich sein. Als erster Termin ist Mittwoch, 31. März 1999, 15.00 – 17.00 Uhr vorgesehen.

Kontakt: Manfred Triebe,
AG Arbeits- und Gesundheitsschutz, 422 89 106/130

Auf der Suche nach neuen Arbeitszeitmodellen

Nachempfundene Szene aus dem Alltag der Senatsschulverwaltung, Sketch zur Personalversammlung in Spandau.

Stahmer: Guten Tag, meine Herren – Herr Pokall, Herr Schimmang, Herr Dr. Matthias, grüß Dich, Tom. Ich hab, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, zur Vorbereitung unseres Gesprächs mit der Gewerkschaftsspitze zu neuen Arbeitszeitmodellen Herrn Kienbaum mitgebracht. Er wird uns für ein kleines Honorar verbal auf die heutige Verhandlungsrunde einstimmen. Also bitte, Herr Kienbaum. Sie gestatten doch, daß ich rauche, meine Herren?

Kienbaum: Wichtig ist, daß sie heute negativ besetzte Begriffe unterlassen: Arbeitszeit, Pflichtstunden, Anwesenheitszeiten sind tabu. Sprechen sie statt dessen von dynamischer Geschehensgestaltung, projektorientierter Zuwendung und Rhythmisierung. Damit vermeiden sie Widerstände, niemand wird erkennen, was sie tatsächlich vorhaben.

Pokall: Der Sommerlatte hat da auch schon in die Trickkiste gegriffen und die Unterrichtsverpflichtung in Zeitstunden umgerechnet. Anstatt der angepeilten 27,5 Pflichtstunden geben wir 22 Zeitstunden an. Das klingt viel angenehmer, ist aber tatsächlich mehr, und niemand wird es merken.

Schimmang: Also, ich glaub, daß das (eventuell) doch auffällt oder auch nicht, sag ich mal so, Herr...

Stahmer: Falls Sie recht haben, fahren wir einfach mit europäischen Vergleichen auf. Berliner Lehrkräfte arbeiten am wenigsten, be-

kommen aber das meiste Geld, hab ich irgendwo gelesen, und das ist ungerrecht.

Stryck: Richtig, Ingrid, das müssen wir ändern. Durch neue Arbeitszeitmodelle wird die Effektivierung des Humankapitals von Schule gesteigert. Schule muß besser und billiger werden. Meine Pläne sind bekannt. Ohne äußere und innere Evaluation verliert Schule ihre Legitimation. Das hab ich der Presse bereits mitgeteilt.

Pokall: Wir haben da eine Modellrechnung in der Schublade, die das garantiert. Lehrkräfte arbeiten, ohne es zu spüren, mehr als bisher. Dadurch sparen wir Stellen ein – Frau Fugmann-Heesing wird es uns danken – und gleichzeitig nähert sich die Berliner Schule internationalen Standards.

Schimmang: Aber wir können doch jetzt nicht...

Pokall: Und ob wir können, Herr Schimmang. Wir müssen nur geschickt und geschlossen argumentieren. Wenn wir pädagogische Argumente vortragen, kann sich die Lehrgewerkschaft nicht entziehen, ohne ihr Gesicht zu verlieren.

Stahmer: Ganz blöd ist die Gewerkschaft allerdings auch nicht. Daß die rechnen können, ist mir schon einige Male aufgefallen. Was sagen Sie als Statistiker dazu, Herr Dr. Matthias?

Matthias: Richtig beobachtet, Frau Stahmer. Deshalb gebe ich auch keine endgültigen Zahlen heraus. Ich passe meine Berechnungen den Zwängen der Haus-

haltskonsolidierung an. Gestern bin ich, im Gegensatz zu vorgestern, zu dem Ergebnis gekommen, daß wir über 400 Lehrer mehr an Bord haben, als wir brauchen. Damit erübrigen sich Neueinstellungen, und das spart ungemein.

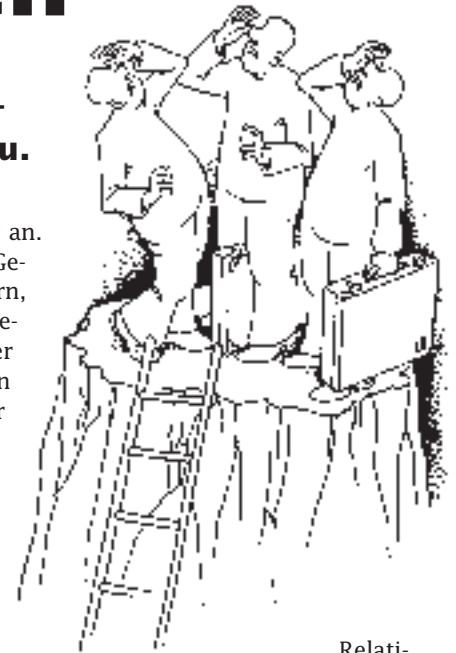
Schimmang: Aber aus den Schulen kommen doch ständig (berechtigte?) Klagen über Unterrichtsausfall oder auch nicht, sag ich mal einfach so. Fehlen nicht doch noch Lehrer, damit wir den Bildungsauftrag zu erfüllen verpflichtet sein sollten?

Stahmer: Einstellen müßten wir dringend, das weiß jeder, aber das soll obsolet sein, sagt man. Also was tun, wie schon Karl Marx fragte.

Kienbaum: Arbeitszeitverlängerung muß sein, aber sprechen Sie das Wort auf keinen Fall aus. Wenn niemand merken soll, daß Sie Ihre Berechnungen der Haushaltslage angepaßt haben, reden Sie von Ausweitung der individuellen Zuwendungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer. Das kann gar nicht auf Protest stoßen.

Stahmer: Können wir nicht wenigstens den Turn- und Bastellehrern die Arbeitszeit am Kind verlängern. Die tun doch wirklich kaum was.

Stryck: Sachte, sachte Ingrid. Noch nicht. Legen wir die Verantwortung erst einmal in die Hände der Schulleitungen. Die werden schon brauchbare Modelle zur



Relativierung der Minderausstattung entwickeln. Autonomie ist das Zauberwort in Zeiten von leeren Kassen.

Schimmang: Aber so kann ich niemals Ausrufezeichen argumentieren. Autonomie schwächt (unter Umständen) die Schulaufsicht oder auch nicht.

Stahmer: Ich faß das mal zusammen: Schule wird besser durch Rhythmisierung, projektorientierte Zuwendung, dynamische Geschehensgestaltung und individuelle Zuwendungsmöglichkeiten. Das klingt gut, da kann keiner widersprechen. Holen wir die Damen und Herren von der Gewerkschaft herein. Tom, bring noch ein paar Tassen, und Herr Kienbaum: Danke und auf Wiedersehen. Aber, o Du mein Gott, was ist denn das. Da stehen ja draußen Menschen mit Plakaten. Die rufen auch Parolen. Und ganz wütend sehen die auch aus. Ganz so einfach wird es wohl doch nicht gehen, das mit der Gewerkschaft. Was machen wir denn nun, meine Herren? ■

LehrerInnen arbeiten zu lange

Expertenanhörung im Rahmen der Diskussion über neue Arbeitszeitmodelle

Für den 15. Januar hatte die Senatsschulverwaltung Prof. Dr. Klaus Klemm (Uni Essen) und Prof. Dr. Peter Hübner (FU Berlin) als Experten geladen. Sie sollten zu neuen Arbeitszeituntersuchungen sowie zum Problem der Arbeitszeit- und Belastungsgerechtigkeit referieren. Sollte die Senatsschulverwaltung im Beisein von Senatorin Stahmer damit die Hoffnung verbunden haben, Argumente für eine Verlängerung der Lehrerarbeitszeit oder für die Übernahme zusätzlicher Aufgaben zu erhalten, ging dies gründlich schief.

Prof. Dr. Klaus Klemm stellte die Ergebnisse der Jahresarbeitszeit-Untersuchung in Nordrhein-Westfalen vor. Diese Untersuchung, von der NRW-Kultusministerin Behler in Auftrag gegeben, war als Tamagochi-Untersuchung bekannt geworden. Denn mit einem ausgeklügelten Verfahren wollte die Unternehmensberatungsagentur Mummert & Partner für die 4,5-millionenteuere Untersuchung sicherstellen, daß Lehrerinnen und Lehrer bei den Auskünften über ihre Arbeitszeit nicht schummeln können. Endlich sollte hieb- und stichfest bewiesen werden, was an jedem Stammtisch bekannt ist: Lehrkräfte haben den bestbezahlten Halbtagsjob der Welt. Aus der Sicht der Auftraggeber ist das Ergebnis niederschmetternd. Denn alle Lehrkräfte

unabhängig ihrer Schulform arbeiten in NRW länger als die 1.700 Stunden Jahresarbeitszeit des öffentlichen Dienstes. Besonders kraß ist die Selbstausbeutung der Lehrkräfte an Gymnasien und Gesamtschulen (1.890 Stunden). So machte denn auch Prof. Dr. Klaus Klemm schnell deutlich, daß eigentlich die Lehrerarbeits-

Nach Prof. Dr. Klaus Klemm müßte die Lehrerarbeitszeit z. B. am Gymnasium auf 20 oder 21 Pflichtstunden gesenkt werden.

zeit z. B. am Gymnasium auf 20 oder 21 Pflichtstunden gesenkt werden müßte, „was aber leider angesichts der Haushaltslage der Länder illusorisch ist.“ Mit Blick auf eine Faktorisierung der Lehrerarbeitszeit könne es nur darum gehen, einzelne Lehrergruppen zu entlasten; es sei nicht akzeptabel, im Gegenzug anderen Lehrergruppen eine höhere Pflichtstundenzahl zu verordnen.

Empirisch untersucht wurde auch die besondere Belastung von KlassenleiterInnen. Im Ergebnis wurde festgestellt, daß sie (was eigentlich ja auch jeder wußte) erheblich mehr arbeiten. Aufs Jahr bezogen addieren sich ihre zusätzlichen Stunden gegenüber einem Fachlehrer in der Grundschule auf 60, in der Hauptschule auf fast 90, am Gymnasium auf immerhin 137 und an der Berufsschule auf 128 Stunden. Prof. Dr. Peter Hübner erläuterte die signifikante Übereinstimmung der Ergebnisse aus

Nordrhein-Westfalen mit seinen eigenen Berliner Untersuchungen, die er 1994 und 1996 im Auftrag der GEW BERLIN mit Unterstützung der Max-Traeger-Stiftung durchgeführt hatte. Er warnte davor, bei der Frage neue Arbeitszeitmodelle in eine Falle zu tappen, „weil Leistung nicht nur über die Dauer der Tätigkeit gemessen

werden kann.“ Er plädierte dafür, sehr viel stärker die Qualitätsdebatte zu führen. Die Aussagen von Prof. Dr. Klemm ergänzte er, indem er darauf hinwies, daß 54 bis 64 % der Berliner Lehrkräfte Überlastungssymptome zeigen. Darüber hinaus arbeiten teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte, was auch durch die NRW-Studie bestätigt wird, überproportional lang. Dies bezeichnete Prof. Dr. Hübner als „Selbstaussbeutung“.

Offensichtlich beeindruckt von der Darstellung der beiden Wissenschaftler erklärte Tom Stryck als Leiter der AG „Neue Arbeitszeitmodelle“ der Senatsschulverwaltung, er frage sich, ob die Bemessung der Jahresarbeitszeit überhaupt taue zur Festlegung der Pflichtstunden! Für die GEW BERLIN machte ich deutlich, daß diese Argumentation ausschließlich interessegeleitet sei. Wenn die NRW-Untersuchung ergeben hätte, Lehrkräfte arbeiteten

erheblich weniger als sonst im öffentlichen Dienst üblich, wäre dies selbstverständlich als Steilvorlage für geplante Arbeitszeitverlängerungen argumentativ verwendet worden. Auch im Namen der Verbände des Beamtenbundes machte ich deutlich, daß vor der Erarbeitung von konkreten Arbeitszeitmodellen Konsens bestehen müsse, daß die Gesamtbelastung der Lehrkräfte nicht weiter gesteigert werden dürfe und die Übertragung zusätzlicher Aufgaben durch arbeitsentlastende Maßnahmen kompensiert werden müsse.

Vor weiteren Gesprächen wollen die Verbände des Deutschen Beamtenbundes (Philologenverband, VBE, Verband deutscher Realschullehrer, Bundesverband der Lehrer an berufsbildenden Schulen und Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen) und die GEW BERLIN die weiteren Schritte und die kommenden Verhandlungen miteinander abstimmen. Zuletzt gab es erhebliche Irritationen, weil kleinere Verbände Positionspapiere in die Diskussion brachten, die gegen andere Lehrergruppen verwendet werden konnten. Die GEW BERLIN strebt mit den anderen Verbänden eine Übereinkunft an, ob und wie unter Verhandlungsführerschaft der GEW BERLIN die gemeinsamen Interessen der Berliner Lehrkräfte einheitlich und offensiv vertreten werden können.*

Erhard Laube

*Siehe auch Meldung in kurz & bündig

Soziale Gerechtigkeit – gibt es das für Erwerbslose im Zeitalter der Globalisierung?

Vortrag mit Diskussion

Am 18. Februar um 17 Uhr im GEW-Haus • Ahornstr. 5, Berlin-Schöneberg
Es spricht: *Willi Hajek*, Mitarbeiter im Bildungswerk des DGB Berlin-Brandenburg

Eine Veranstaltung des Arbeitlosenausschusses in der GEW BERLIN

Ansprüche aus Einmalzahlungen

Ausschlaggebend für die Höhe des Arbeitslosengeldes (Alg) ist das durchschnittliche Bruttoeinkommen der letzten 12 Monate. Sogenannte Einmalzahlungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden aber nach wie vor nicht berücksichtigt, obwohl davon Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen sind. Im Jahr 1999 sind bis zu einem monatlichen Bruttoeinkommen von 8.500,- DM in West und 7.200,- DM in Ost Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu entrichten.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Nichtberücksichtigung von Sozialversicherungsbeiträgen aus Einmalzahlungen bereits 1995 gerügt. Die danach erfolgte Gesetzesänderung hat nur geringfügige Korrekturen gebracht, die kaum praktische Bedeutung haben. Inzwischen liegen dem Bundesverfassungsgericht neue Verfahren vor. Mit einer Entscheidung ist frühestens in ein bis zwei Jahren zu rechnen.

In Bezug auf Ansprüche aus Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung und zur

Rentenversicherung haben die Träger der Sozialversicherung gemeinsam erklärt, daß sie diese bei einer positiven rechtskräftigen Entscheidung auch rückwirkend erfüllen werden. Widersprüche bei den Krankenkassen oder der BfA sind demnach nicht notwendig. Dies gilt leider nicht für die Arbeitslosenversicherung. Deshalb sollte generell gegen Bewilligungsbescheide auf Alg Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch muß sich gegen die Nichtberücksichtigung der Beiträge aus

Weihnachts- und Urlaubsgeld richten und sollte auf die anhängigen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht Bezug nehmen. Gleichzeitig sollte der Widerspruch mit der Bitte versehen sein, das Verfahren bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes „ruhen“ zu lassen.

Nur, wer seine Ansprüche derart geltend macht, hat die Chance auf Nachzahlungen, falls Karlsruhe positiv entscheidet. Ein Muster mit Infos ist in der GEW-Geschäftsstelle bei Matthias Jähne (219993-59) erhältlich.

Matthias Jähne

Von Ost nach West und zurück

vereinbart werden soll. Der Arbeitgeber hat nicht etwa erklärt:

„Wir wenden grundsätzlich in unserem Bereich entweder den BAT oder den BAT-O an. Die Rechtslage ist insoweit sehr kompliziert, nicht zuletzt durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, die aus unserer Sicht manche nicht ohne weiteres vorhersehbare Wendung nimmt. Unsere Volljuristen haben aber die Rechtslage geprüft und sind zu der vorläufigen Einschätzung gelangt, daß in Ihrem Fall wohl der BAT zur Anwendung kommen müßte. Wie gewähren Ihnen daher bis auf weiteres sämtliche Leistungen nach dem BAT. Sollte

sich aber irgendwann herausstellen, daß die Einschätzung unserer Volljuristen unrichtig war und Sie eigentlich doch nur dem BAT-O unterfallen, werden wir Ihnen dies mitteilen; Sie müssen dann allerdings alles, was Sie zu Unrecht erhalten haben, an uns zurückzahlen, soweit Sie einen Gegenwert noch in Ihrem Vermögen haben (§ 818 Abs. 3 BGB) und soweit Ihnen nicht die tarifliche Ausschußfrist (§ 70 BAT bzw. BAT-O – zum Glück gleichlautend) zugute kommt. Es kann sich um durchaus erhebliche Summen handeln.“

Schau'n wir mal, was das BAG aus dieser Sache macht...

Klaus Büscher

Für Angestellte des öffentlichen Dienstes, deren Arbeitsverhältnis im alten Westen begründet wurde oder wird, ist spätestens seit dem BAG-Urteil vom 30. Januar 1997 geklärt, daß diese auch bei einer Versetzung in den Ostteil / die neuen Länder weiter nach den Bestimmungen des BAT zu behandeln sind. Bleibt die Frage, wie mit Angestellten, deren Arbeitsverhältnisse im Ostteil begründet wurde und die in den Westteil versetzt werden zu verfahren ist, wenn sie erneut in den Ostteil umgesetzt werden. Zur Zeit wendet das Land Berlin dann wieder rigoros den BAT-O an, obwohl im Arbeitsvertrag etwas anderes steht.

Richter sind gemeinhin sehr zurückhaltende Menschen. Gleichwohl kommt es auch bei ihnen gelegentlich vor, daß ih-

nen wegen der Praxis der öffentlichen Arbeitgeber der Kragen platzt. So hat etwa der Vorsitzende der 16. Kammer des LAG Berlin im Falle eines Angestellten aus dem Ostteil dem Land Berlin folgendes ins Stammbuch geschrieben:

„Im vorliegenden Fall hat das beklagte Land dem Kläger eine Vertragsurkunde vorgelegt, in der es lapidar heißt: ‚Für das Arbeitsverhältnis sind maßgebend: Der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT). .. mit allen künftigen Änderungen und Ergänzungen...‘. Ein Arbeitnehmer, dessen Denkweise bei Vertragsschluß im allgemeinen noch nicht durch langjährige Beschäftigung im öffentlichen Dienst beeinflußt ist, kann diesen Satz nur so verstehen, daß die Bestimmungen des BAT damit Vertragsbestandteil werden sollen, daß also insoweit etwas für beide Seiten Verbindliches



Erhard Laube kandidiert nicht mehr

Nach fast 10 Jahren wird Erhard Laube Anfang Mai nicht wieder als Vorsitzender der GEW BERLIN kandidieren. Für die blz fragte Klaus Will nach den Gründen.

blz: Erhard, warum kandidierst Du nicht wieder? Müde geworden?

Erhard Laube: Überhaupt nicht! Aber viele Gewerkschaftsfunktionäre scheinen an ihren Sesseln zu kleben. Das ist bei mir nicht der Fall. Ich meine, daß der Wechsel zum demokratischen Selbst-

verständnis unserer Gewerkschaft gehört. An Ideen, Motivation oder Kraft noch für ein paar Jährchen liegt es also nicht.

blz: Wenn Du auf Deine lange Zeit als Vorsitzender zurückschaust: Was hat für Dich da eine besondere Bedeutung?

Erhard Laube: Die ersten Jahre meiner Amtszeit waren am turbulentesten. Zum Beispiel 1989/90 der mehr als zehnwöchige Kitastreik. Viel stärker aber noch wurde die Arbeit geprägt durch den Mauerfall. Dadurch habe ich die

spannendste Zeit als Berliner GEW-Vorsitzender erlebt, die man sich überhaupt nur denken kann.

blz: Worauf bist Du besonders stolz?

Erhard Laube: Daß die GEW BERLIN eine „richtige“ Gewerkschaft geworden ist, die durch Tarifverträge und Vereinbarungen kollektivrechtlich die Interessen ihrer Mitglieder vertritt. Das war vor 10 Jahren noch nicht so. Besonders stolz bin ich darauf, es durch jahrelange Hartnäckigkeit und Überzeugungsarbeit – auch in den eigenen Reihen – geschafft zu haben, daß die Praxis der Fristverträge beendet, gleichzeitig aber niemand arbeitslos wurde. Überhaupt: Die Fristverträtler-Kampagne hatte besondere Bedeutung, weil seit ihr in zunehmendem Maße die Interessen junger Kolleginnen und Kollegen die Arbeit unserer Gewerkschaft bestimmen.

blz: Und was würdest Du heute anders machen als damals?

Erhard Laube: In den ersten Jahren der Wiedervereinigung ist es nicht gelungen, den Diskussions- und Integrationsprozeß zwischen Ost und West produktiv zu führen. Trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände: Da hätte mehr passieren müssen.

blz: Was wirst Du machen, wenn Du nicht mehr Vorsitzender bist? In die Schule zurück?

Erhard Laube: Ich bin gerne Lehrer gewesen und freue mich darauf, wieder an einer Grundschule zu arbeiten. Vielleicht bewerbe ich mich nach ein/zwei Jahren auf eine Schulleiterstelle.

blz: Meinst Du nicht, daß es Dir dort ein wenig langweilig wird? Als GEW-Vorsitzender warst Du schließlich ein gefragter Mann: Immer auf Sendung!



Erhard Laube: Langweilig ist es in der Schule bestimmt nicht. Eher stellt sich die Frage, ob ich noch gut unterrichten kann. Freunde sagen auch, meine besonderen Fähigkeiten lägen woanders. Aber ich glaube auch, ein halbwegs guter Lehrer gewesen zu sein.

blz: Und wenn nun plötzlich eine Kandidatur als Bundesvorsitzender an Dich hergetragen wird?

Erhard Laube: Eine Bundesvorsitzende haben wir noch bis 2001. Und nach Frankfurt wollte ich schon 1997 nicht. Außerdem: Unserem GEW-Feeling entspricht es bestimmt mehr, wenn der ehemalige Vorsitzende wieder „in die Produktion“ bzw. an die Basis geht. Also, ich habe damit keinerlei Schwierigkeiten.

blz: Was wünschst Du Deinem Nachfolger bzw. Deiner Nachfolgerin?

Erhard Laube: Ein gutes Balancegefühl! Die Sichtweisen der Personalräte dürfen die der mehr pädagogisch Arbeitenden nicht überdecken. Schule und nichtschulische Bereiche, Ost und West – das große Spektrum unserer Gewerkschaft erfordert schon einiges an Integrationskraft. Vor allem aber wünsche ich meinem Nachfolger bzw. meiner Nachfolgerin den Mut, neues Denken aufzugreifen und umzusetzen. In dem Sinne also politisch zu sein und die Gewerkschaft nicht nur zu verwalten. Und nie zu vergessen, daß wir eine besondere Gewerkschaft sind: eine Bildungsgewerkschaft! ■

Wahlausschreiben

für die Neubesetzung der Mandate gemäß § 32 1 – 5 (stimmberechtigte Mitglieder des GLV) der Satzung der GEW BERLIN.

I. Auf der Frühjahrs-LDV am 3. und 4. Mai 1999 steht die turnusgemäße Neuwahl der Mitglieder des GLV der GEW BERLIN auf der Tagesordnung. Folgende Mandate sind zu besetzen:

1. Die/der Vorsitzende
2. drei stellvertretende Vorsitzende
3. Die/der 1. Schatzmeister/in
4. Die/der Stellvertretende/r Schatzmeister/in
5. Der/ die Leiter/in des Referats A für Besoldungs- und Beamtenrecht, Angestellten- und Tarifrecht
6. Der/die Leiter/in des Referats B für Organisation und Reform des Schulwesens
7. Der/die Leiter/in des Referats C für Schulrecht und Schulfinanzierung
8. Der/die Leiter/in des Referats D für Ausbildung, Weiterbildung und Personalbedarf
9. Der/die Leiteri/in des Referats E für Organisation und Reform des Bereichs Hochschule und Forschung
10. Der/die Leiter/in des Referats F für Jugendhilfe und Sozialarbeit
11. Der/die Leiter/in des Referats G für Organisation und Reform des Bereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung
12. Die Pressesprecherin bzw. der Pressesprecher
13. Die bzw. der verantwortliche Redakteur/in der Mitgliederzeitschrift.

II. Vorschläge für Kandidaturen sind an den Wahlausschuß, z. Hd. des Geschäftsführers der GEW BERLIN unter Beifügung der Einverständniserklärung der/des Vorgeschlagenen zu richten.

III. Vorschlagsrecht hat jedes Mitglied der LDV, vorgeschlagen werden kann jedes Mitglied der GEW BERLIN, das das passive Wahlrecht (sechsmontatige Mitgliedschaft) besitzt und nicht Mitglied im Wahlausschuß ist.

IV. Die rechtzeitig vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten werden in der blz 3-4/99 vorgestellt. Unabhängig davon können auch auf der LDV noch KandidatInnen-vorschläge eingereicht werden.

Aktion für Nicaragua

Vor Weihnachten erhielten wir in einem Brief von unserem GEW-Hauptvorstand die erfreuliche Nachricht, daß nicht nur wir – wie auf der Delegiertenkonferenz im November – Geld für die vom Wirbelsturm Mitch betroffenen und in eine Notsituation geratenen Kolleginnen und Kollegen gesammelt haben. Auch in anderen Landesverbänden der GEW war die Spendenbereitschaft groß, so daß der Hauptvorstand 30.000 DM überweisen konnte.

„Wir sind gerührt, wir springen, lachen und weinen vor Freude über die gute Nachricht zur Unterstützung der geschädigten Lehrerinnen und Lehrer“, so die Reaktion des ANDEN-Vorstands auf die Spendenüberweisung. Gleichzeitig wissen sie aber auch auf die generell schwierige Situation in ihrem Land hin, die dadurch gekennzeichnet ist, daß unter dem Namen „wirtschaftliches Strukturanpassungsprogramm“

Massenentlassungen der Staatsangestellten durch die Regierung betrieben werden, obwohl die Regierung im gleichen Atemzug von einem „Wiederaufbauprogramm“ spricht. Sie bitten uns also auch um die Unterstützung bei ihren politischen Forderungen nach einem Schuldenerlaß und nach einem Stopp der Strukturanpassungsmaßnahmen.

Wir haben als Berliner GEW unsere gesammelten Spenden direkt an unsere ANDEN-Partner in Managua überwiesen, die uns über die Verwendung der Gelder berichten werden. Die Not ist jedoch so groß, daß weitere Spenden auf das GEW-Konto bei BfG Bank AG Berlin, Kontonr.: 1000 2220 01, BLZ: 100 101 11 oder mit Spendenbescheinigung: GEW-Heinrich-Rodenstein-Fonds Kontonr.: 170 727 47 00, BLZ 500 101 11 bei der BfG Frankfurt am Main, Stichwort Nicaragua sehr erwünscht sind.

Brigitte Reich

Frühjahrs-LDV 1999

Die ordentliche Frühjahrssitzung der Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW BERLIN findet am Montag, dem 3. und Dienstag, dem 4. Mai 1999 jeweils von 9.00 – 18.00 Uhr in der Kongresshalle am Alexanderplatz statt. Es gelten für diese LDV entsprechend des Landesvorstandsbeschlusses vom 28.09.1998 folgende Antragsfristen:

- Anträge auf Satzungsänderungen können nur vom Landesvorstand (LV), den Bezirks- und Fachgruppenleitungen oder von mindestens 10 % der Delegierten (d.h. 44) gestellt werden und müssen bis Mittwoch, den 3. März 1999 beim Geschäftsführer eingereicht sein.
- Anträge zur Tagesordnung müssen spätestens sechs Wochen vor der LDV schriftlich eingereicht werden (Montag, 22. März 1999).
- Anträge/Beschlußvorlagen müssen bis spätestens Montag, den 29. März 1999 in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN eingegangen sein.

Jedes Organ der GEW BERLIN und jedes Mitglied der LDV ist antragsberechtigt.

Delegierte, die für die gesamte Dauer der LDV zwingend verhindert sind, können durch eine Nachrückerin/einen Nachrücker vertreten werden, wenn sie ihre Verhinderung der Geschäftsstelle schriftlich spätestens bis zum Montag, dem 29. März 1999 mitteilen. Die Benachrichtigung der Nachrückerin bzw. des Nachrückers erfolgt durch die Geschäftsstelle.

Schule ohne Aussonderung Ideen, Konzepte und Zukunftschancen

Hrsg. von M. Rosenberger erschienen im Luchterhand Verlag, 1998

Fünf Jahre nach der Empfehlung des Deutschen Bildungsrates zur pädagogischen Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher erschien im Luchterhand Verlag ein Buch, das sich wohlthuend aus der Flut nicht-aussondernden und integrativ-pädagogischen Literatur heraushebt und Fachleute wie Laien gleichermaßen interessieren sollte.

Der Herausgeber, langjähriger Sprecher der Elterninitiative „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen / Eltern gegen Aussonderung“ bietet mit den zahlreichen Aufsätzen dieses Buches einen umfassenden

Überblick zur Entwicklung einer „Schule ohne Aussonderung“ aus historischer, pädagogischer und administrativer Sicht.

Erstmals werden Stand und Perspektiven der gemeinsamen Erziehung in allen Bundesländern, in Österreich und der Schweiz dargestellt. Vom pädagogischen Sinn einer nicht-aussondernden Erziehung in Kindergärten, Schulen und Berufsbildung braucht der interessierte Leser nicht mehr überzeugt zu werden.

Nur wenn die ganze Spannweite der Erfahrungsmöglichkeiten zwischen nichtbehinderten und behinderten Menschen ihren Niederschlag in der Schule findet, kann eine Chance bestehen, vorurteilsfrei und konfliktfähig miteinander umzugehen. Diese Erkenntnis wird aus pädagogischer Sicht an verschiedenen Stellen des Buches eindrucksvoll geschildert. 1973 orien-

tierte sich der Deutsche Bildungsrat in seiner Empfehlung noch sehr an einem historisch gewachsenen Sonderschulwesen, das dieses Gremium auch kaum in Frage stellte. Die Konsequenz waren vielerorts Kooperationsmodelle zwischen Sonder- und Allgemeinen Schulen, die inzwischen als gescheitert betrachtet werden können. Erst im Jahre 1994 akzeptierte die Kultusministerkonferenz der Länder die bereits zahlreichen Schulen und Schulversuche zur gemeinsamen Erziehung, indem diese als gleichberechtigte Möglichkeiten den Sonderschulen zur Seite gestellt wurden. Ebenso werden erst nach und nach Schulgesetzänderungen vorgenommen, die in zunehmendem Maß ein Recht behinderter Schüler auf eine nichtaussondernde Erziehung ermöglichen. Ein Problem bei der Realisierung einer Schule ohne Aussonde-

rung bildet die weitere Existenz des Sonderschulsystems und dessen relative finanzielle „Überausstattung“ bezogen auf die Kosten für Schüler in Integrationsklassen. In seinem Beitrag „Umstrategien für integrative Schule der Zukunft“ verdeutlicht Ulf Preuss-Lausitz, dass die integrative Beschulung per se gesellschaftlich weniger Kosten verursacht, und nur dann teurer als das herkömmliche Aussonderungssystem ist, wenn beide weiterhin nebeneinander bestehen bleiben. Weitere Schwerpunkte des Buches bilden Artikel zu pädagogischen Erfahrungen mit der nichtaussondernden Erziehung „in allen Schulstufen“. Der Band „Schule ohne Aussonderung...“ bietet allen interessierten Lesern den wohl zur Zeit umfangreichsten und besten Überblick zu diesem Themenbereich.

H. Jürgen Rausch

Bücher

Enttäuschte Erwartungen?!

Auch unter der rot-grünen Regierung bleiben (Studien-) Gebühren in der Diskussion.

Wer die Hoffnung hegte, daß das Thema Studiengebühren nach dem Regierungswechsel ad acta gelegt werden könnte, sieht sich nun mit neuem Gegenwind konfrontiert: War die SPD noch mit der Forderungen nach einem Verbot von Studiengebühren in den Wahlkampf gezogen, taten sich die SPD-Bildungsminister auf einem Treffen am 15. Dezember 1998 mit der Umsetzung schwer. Dieses Mal kamen Gegenstimmen aus den eigenen Reihen, wie z.B. vom niedersächsischen Wissenschaftsminister Oppermann, der zur gleichen Zeit seine Partei auf-

forderte, die Einführung von Studiengebühren zu prüfen. Und auch der brandenburgische Wissenschaftsminister Reiche outete sich inzwischen als Befürworter für ein Gut-schein- oder Kreditmodell.

Suche nach Kompromiß

Eine der Kompromißformeln würde Studiengebühren nur beim Überschreiten der Regelstudienzeit erlauben und damit für die Mehrzahl aller Studierenden gelten, denn noch sind die Bedingungen an den Hochschulen so, daß ein Abschluß in der Regelstudienzeit (fast) unmöglich ist.

Unerwarteten Rückenwind er-

hielten die Gebührenbefürworter auch durch das Gutachten des Sachverständigenrates Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung. So berief sich der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende in Niedersachsen in seinem Plädoyer explizit auf das Gutachten, das all denen Auftrieb gibt, die Bildung zum Gegenstand privater Vorsorge machen wollen. Dahinter steht die Prämisse, die notwendige Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens sei angesichts der Haushaltslage nicht mehr zu gewährleisten.

Berliner Uni-Präsidenten suchen neue Finanzquellen

Es war daher auch nicht verwunderlich, daß die Berliner Universitätspräsidenten in ihrem „Berliner Manifest für eine neue Universitätspolitik“ vom Dezember 98 in ihrer 8. These formulierten: „Bleibt es bei der chronisch defizitären staatlichen Finanzierung der Universitäten (Hochschulen), so bedarf es der Erschließung anderer Finanzierungsquellen. Der Staat muß sich entscheiden, ob er gewillt und in der Lage ist, das Defizit zu beseitigen, oder Studiengebühren einzuführen“.

Diese auf den ersten Blick vorsichtige Formulierung wird sich allerdings in ihren Auswirkungen als Türöffner für Gebühren erweisen. Zum einen lobte Wissenschaftssenator Radunski denn auch das Manifest dafür, „daß dadurch das Thema Studiengebühren enttabuisiert werde“ (Die Welt vom 12.12.98) und auch Roman Herzog nahm es erfreut entgegen. Zum anderen ist absehbar, daß die laufenden Verhandlungen zu den Verträgen mit den Hochschulen in den Jahren 2001/2002 in Berlin keine entscheidende Wende in Richtung einer zufriedenstellenden Ausfinanzierung der Studienplätze bringen wird. Da Alternativen wie eine ande-

re Steuer- und Verteilungspolitik oder z.B. eine Akademikersteuer der Arbeitgeber sowie die Risiken der privatisierten Bildungsfinanzierung entweder gar nicht oder nur als Halbsatz im Manifest Erwähnung finden, erscheinen Gebühren als einziger Ausweg. Daß sich diese Prognose leider als richtig erweist, machte Senator Radunski in einer Pressemitteilung am 12. Januar 99 deutlich. Er verkündete, die Kompromißformel nicht mittragen zu wollen und den geplanten Staatsvertrag zum eingeschränkten Verbot von Studiengebühren nicht zu unterschreiben. Damit zeigt er sich als ein noch entschlossener Befürworter von Studiengebühren als sein christlich-sozialer Amtskollege in Bayern.

Eine andere Steuer- und Finanzpolitik notwendig

So wichtig es also ist, als GEW die konkrete Auseinandersetzung mit den einzelnen Folgen und selektiven Diskriminierungen – vor allem auch für Mädchen und Frauen und sogenannten „bildungsfernen Schichten“ – bei privatisierten Bildungskosten zu führen, so notwendig ist die grundlegende Einforderung eines Paradigmenwechsels der staatlichen Steuer- und Ausgabenpolitik. Nach den ersten Erfahrungen mit rot-grün scheint diese Aufgabe nicht leichter zu sein. Dennoch muß dieses Ziel weiterhin unsere konkrete Utopie der Gewerkschaftsarbeit bleiben, ohne jeden kleinen Schritt in die richtige Richtung gering zu schätzen!

Brigitte Reich



00,- DM Rückmeldegebühr: Revision zugelassen

Das Oberverwaltungsgericht Berlin (OVG) hat mit Beschluß vom 16.12.98 die Revision gegen das abweisende Urteil in Sachen Rückmeldegebühr in Berlin zugelassen. Zur Erinnerung: Die GEW hatte zwei Leitfälle beim Oberverwaltungsgericht, die am 14.7.98 verhandelt wurden. Im 1. Fall (FU-Student) wurde ein Vergleich geschlossen. Bei rechtskräftigem positivem Ausgang anderer Fälle stellt die FU den Kläger gleich. Der 2. Leitfall (HU-Student) wurde durch das OVG abschlägig entschieden, wobei die Revision nicht zugelassen wurde (Az. OVG 8 B 181.96).

Die Beschwerde gegen diese Nichtzulassung hatte jetzt Erfolg. Entscheidend dabei war, daß der Verwaltungsgerichtshof Mannheim in Bezug auf die in Baden-Württemberg ebenfalls eingeführten 100,- DM Rückmeldegebühr das Bundesverfassungsgericht angerufen hat. Das hat das OVG Berlin bewogen, nun doch die Revision zuzulassen.

Der VGH Mannheim hat sich in seiner Entscheidung vom 29.7.98 (Az 9 S 1763.97) im Unterschied zu den Berliner Richtern ausführlich mit der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Gebühr befaßt. Er hält sie für verfassungswidrig und unterlegt das durch ausführliche Berechnungen und eine detaillierte Auseinandersetzung u.a. mit dem Argument, die Vorteile des Studierendenstatus würden die Gebühr rechtfertigen.

Das Bundesverfassungsgericht wird bestenfalls bis Ende 1999 entscheiden. Erst dann werden sich die Verwaltungsgerichte wieder damit befassen. Da es nunmehr wieder Hoffnung auf einen positiven Ausgang gibt, gilt nach wie vor: die Rückmeldegebühr nur unter dem ausdrücklichen schriftlichen Vorbehalt ihrer Rechtmäßigkeit zu bezahlen.

Weitere Informationen auf den Internetseiten der GEW BERLIN: (Bereich Hochschulen) oder anfordern bei Matthias Jähne, Tel. 219993-59.

Matthias Jähne

beim Ein- und Ausräumen von Schubladen, wenn sie ihre Videoaufzeichnungen vom Bauen und Kochen der Vierjährigen mit Doktoranden analysieren, wenn sie mit Pädagogikstudenten gemeinsam die nächsten Schritte im Curriculum ihres Kindes planen, dann können auch sie das Lernen und einen Neuanfang als verheißungsvoll erfahren und im Zentrum einen Schulabschluß nachholen. Soll in solchen Excellence Centers mehr bewegt werden als in herkömmlichen Nachbarschaftszentren, ist es mit „Aufstockung des Personals“ nicht getan, sagt die Expertin für Community Education, Margaret Whalley, die seit fünfzehn Jahren ein mittlerweile international viel beachtetes Early Excellence Center in der ehemaligen Stahlarbeiterstadt Corby leitet. Wenn solche Zentren zu Laboratorien für lebenslanges Lernen und für die Bekämpfung moderner Kinderarmut werden sollen, müssen dort Persönlichkeiten arbeiten, die sich über das Gewohnte hinwegsetzen können, selbstbewußte Erzieher, die sich nach einer international anerkannten Ausbildung den Herausforderungen strahlender Intelligenz von Kindern gewachsen fühlen. Eine möglichst anspruchslos gehaltene Erzieherausbildung dagegen, die diese Berufsgruppe auf niedrigem Status verharren läßt, kann zu einem weiteren Faktor werden bei der Entstehung moderner Kinderarmut in Deutschland.

Dr. Donata Elschenbroich

bei Einstellung und Umsetzung explizit wesentlich beteiligt zu werden, Nebentätigkeiten – auch finanziell lukrative – zu genehmigen (oder zu verweigern). Schulleiter, die die im Entwurf vorgesehene Fülle von Funktionen eines Dienstvorgesetzten erhalten, mögen die Hoffnung hegen, es sei bei der dann gegebenen Machtfülle leichter, eine Schule zu leiten. Hier irrt der Autor des Entwurfes. Eine beteiligungsorientierte Schulentwicklung bedarf einer inneren Struktur, die nicht durch noch mehr Hierarchie mit fein abgestufter Machtvollkommenheit geprägt ist, sondern in der Kollegialität und Autorität durch überzeugendes Handeln – nicht nur Reden – wichtige Elemente sind. Apropos: eine SchulleiterIn, belastet mit der Fülle der im Gesetz vorgesehenen Aufgaben, hat schlicht gar keine Zeit mehr um zu unterrichten. Sie oder er muß Schülern und Lehrkräften fremd werden.

Zur Diskussion regt der Entwurf eines Schulgesetzes sicher an. Ein Stein ist ins Wasser der Berliner Schule geworfen worden, der Wellen schlägt. Das Schlechteste wäre es nicht, er ginge darin ebenso unter.

Hans-Gerd Prause

S.29

„Schule ohne Aussonderung...“ bietet allen interessierten Lesern den wohl zur Zeit umfangreichsten und besten Überblick zu diesem Themenbereich.

H. Jürgen Rausch

Hrsg. M. Rosenberger erschienen im Luchterhand Verlag, 1998

S.9

beheutsame Aufhebung der Sonderschule für Lernbehinderte als Einstieg in die Aufgabe der Sonderschule insgesamt, könnte konzeptionell vom neuberufenen Beirat für sonderpädagogische Förderung und Integration vorbereitet werden und dabei auf die positiven Berliner Integrationserfahrungen einiger Sonderschulen, z. B. in Spandau, Tiergarten, Charlottenburg, und anderer Bundesländer, z. B. Schleswig-Holstein, zurückgreifen.

Wolfgang Podlesch



Szene aus „Alles Gute“ – Grips Theater

Theater und Schule

Nach vielen kleinen Erfolgen gingen die *Kindermusiktheaterwochen* mit einem großen Fest im **Haus der Kulturen der Welt** zu Ende: international, mitreißend, schwungvoll. Vormerken für das nächste Mal! Gespielt werden unterschiedliche Produktionen an Spielorten quer durch ganz Berlin!

Ein schönes kommunikatives Ereignis; eine bemerkenswerte Organisationsleistung; ein überzeugendes spielerisches Ergebnis: das war die erste Veranstaltung innerhalb der Begegnung *TUSCH* (Theater und Schule). In der schwierig zu bespielenden Mensa der **Carl-von-Ossietzky-Schule** war eine witzige Odyssee zu sehen mit knappen, pointierten Szenen; beteiligt viele Arbeitsgruppen und die Vaganten-Bühne.

In der **Pumpe** gab es wieder eine Aufführung mit Straßenkids. *Knall, Fall und wir* ist

eine bewundernswerte Arbeit: kollektives Trommeln abwechselnd mit knappen Szenen; unverstellte Einblicke in eine eigene Welt; direkt und emotional und witzig (wichtig vor allem für Eltern und Pädagogen! Mit informativem Programmheft).

Das Wunder von Neukölln ist ein freches Stück, das ungeübt alle möglichen Stile mixt, keine Angst vor Tabus kennt und immer wieder eine neue Überraschung parat hat. Es spielt in der Neuköllner Gegenwart, ist kiezbezogen wie Linie 1, aber opern- oder musicalnäher. Also eine rundum vorzügliche Einführung in die Form Musiktheater durch die **Neuköllner Oper** (ab 14).

Moderne Klassiker in der Volksbühne: Die Geschichte von Gogols „*Toten Seelen*“ wird bei **Woron** spannungslos unter Einfällen begraben; so findet das große (für Berlin heute durchaus wichtige!) Thema Rußland und seine

innere Geschichte leider nur ein großes Bühnenbild – etwas wenig für einen Theaterbesuch.

Auch **Castorfs** beide neueren Arbeiten sind enttäuschend. Er verwandelt Sartres „*Schmutzige Hände*“, ein spannendes Stück zur existentialistischen Philosophie, in rasantes Aktionstheater; die Spannung bleibt durchaus erhalten; verstehen läßt sich die Story kaum noch (Schüler sollten also vorher informiert sein!). Überdies wird die Handlung durch diffuse Gegenwartsbezüge und weitere Texte, u.a. von Karadzic, verunklart. Auch bei Hauptmanns *Weber* gibt es moderne Textesprengsel und Filmzitate; ärgerlich die Sprachbehandlung – lange Textpassagen sind nur mit Mühe oder gar nicht zu verstehen. Trotzdem immer wieder bewundernswert und studierend wert, wie mit den Bühnenmitteln umgegangen wird. Auf jeden Fall: Nicht geeignet für eine Erstbegegnung mit den Stücken bzw. Autoren. (N.B.: Es gibt speziell publikumsunfreundliche Programme und rücksichtslos auf Höchstleistung aufgedrehte Lautsprecher).

Auch nach 20 Jahren ist die **Tanzfabrik** eine lebendige Werkstatt, dicht an der Entwicklung moderner sportlich-akrobatischer Bewegungssprachen. Kein „reiner“ Tanz, sondern Themen, Probleme, mit Witz und Intensität; so Heitkamp und Musial im Jubiläumsprogramm *Iosis/Ikarus!*

Xavier Durringer, ein interes-

santer Autor, wird bei den **Stadthirschen** auf den Laufsteg gestellt: jeder Spieler setzt sich performativ in Szene, verfehlt aber (meist) den anderen. Die Inszenierung bleibt für mich zu kunstvoll-schwergewichtig, umspielt die Szenen mit vielerlei technischen Zutaten; ich kann mir das Stück witziger und direkter vorstellen.

Ein kleiner Seitenblick in die Bildende Kunst – um zu zeigen, welche kreativen Kräfte in der Lehrerschaft stecken: *Siegfried Kühl*, lange Jahre Kunstlehrer auf Scharfenberg, hat mit beeindruckendem Erfolg die neue **Galerie im Kaufhof am Alex** eröffnet.

Hans-Wolfgang Nickel

Grips Theater

Café Mitte: 11.-13.2. und 15.2. jeweils um 19.30 Uhr
Ab heute heißt Du Sara: 18./19.2. um 18 Uhr; 20.2. um 19.30 Uhr
Eins auf die Fresse (ab 13): 22.2. um 18 Uhr; 23.-26.2. jeweils um 10 Uhr; 11.3. um 10 Uhr; 12.3. um 18 Uhr; 13.3. um 19.30 Uhr
Alles Gute (ab 10): 1.3./8.-10.3. jeweils um 10 Uhr
Komm, wir knutschen (ab 6): 2.-4.3. jeweils um 10 Uhr
Das Herz eines Boxers (ab 13, Schiller-Werkstatt): 2.-4.3. jeweils um 11 Uhr
Eine linke Geschichte: 5./6.3. jeweils um 19.30 Uhr
 Grips Theater, Altonaer Str. 22, 10557 Berlin-Tiergarten, Tel. 391 40 04 (Nachmittags- und Abendvorstellungen), 393 30 12 (Vormittagsvorstellungen).

Hans Wurst Nachfahren

Das kalte Herz: Der junge Peter Munk glaubt in seiner Naivität, das Glück der Welt in Reichtum und Vergnügungen zu finden. Er ist sogar bereit, dafür sein

Anzeigen

Es gibt nichts umsonst!

Zugegeben, unsere Schulrechtssammlung kostet Geld: 130,- DM, GEW-Mitglieder zahlen allerdings nur 110,- DM. Und auch die Ergänzungslieferungen, die die Sammlung aktuell halten, gibt es nicht zum Null-Tarif. Aber dafür sind Sie für alle Fälle gewappnet, jederzeit gut und aktuell informiert. Und: preiswerter bekommen Sie eine vergleichbare Leistung nirgendwo! Ein Grund mehr, Abonnent zu werden.

Doch manche Investitionen zahlen sich aus!

**GEWIVA Ahornstraße 5 10787 Berlin
 Tel: 21 99 93-62**

110,- DM*
 (für Nichtmitglieder:
 130,- DM*)

*Bei Zusendung zusätzlich 15,- DM Versandkosten



Herz herzugeben.... Nach Wilhelm Hauff (ab 8 Jahre). Am 12.2. um 10 u. 20 Uhr; am 13.2. um 16 und 20 Uhr; am 18./19./20.2. um 20 Uhr.

Schneewittchen (ab 4 Jahre): Am 14.2. um 16 Uhr; am 16.2. um 10 Uhr; am 17.2. um 10 und 15 Uhr. *Die Wichtelmänner* (ab 4 Jahre): 18.2. um 10 Uhr

Kaspers Ausflug mit den grünen Männchen (ab 4 Jahre): 20./21.2. jeweils um 16 Uhr; am 4.3. um 10 Uhr.

Der gestiefelte Kater (ab 4 Jahre): Am 23.2. um 10 Uhr; am 27./28.2. jeweils um 16 Uhr; am 2.3. um 10 Uhr; am 3.3. um 10 und 15 Uhr.

Kasper und der grügelbe Kaka-du (ab 3 Jahre): Am 24.2. um 10 und 15 Uhr.

Kasper und das verhexte Feuerzeug (ab 5 Jahre): 5.3. um 10 Uhr. *Die Stadtmaus und die Feldmaus* (ab 4 Jahre): am 25.2. um 10 Uhr.

Das Gespensterhaus (ab 4 Jahre): Am 26.2. um 10 Uhr.

Des Kaisers neue Kleider: Ein barockes Marionettentheater nach Hans Christian Andersen für Menschen ab 5 Jahren. Am 6./7.3. jeweils um 16 Uhr; am 9.3. um 10 Uhr; am 10.3. um 10 und 15 Uhr.

Meine, deine, unsere Schlampe (ab 3 Jahren): Am 11./12.3. um 10 Uhr.

Hans Wurst Nachfahren, Theater am Winterfeldtplatz, Gleditschstr. 5, 10781 Berlin-Schöneberg, Tel. 216 79 25.

Theater Mirakulum

Die drei Wünsche: Komödie mit Handpuppen ab 5 Jahren. Am 3.-5.3. jeweils um 10 Uhr; am 6. und 13.3. um 16 Uhr.

Abenteuer im Schnapfeland (ab 3); 7.3. um 11 und 16 Uhr; 9.-11.3. um 10 Uhr.

Theater Mirakulum, Brunnenstr. 35; 10115 Berlin-Mitte, Tel. 449 08 20.

Theaterpädagogischer Dienst

Fortbildung in der Volksbühne: Am Sonntag, 28.2. findet von 14.00 bis 18.30 Uhr ein Gespräch und Workshop mit anschließendem Besuch der Vorstellung „Schmutzige Hände“ statt. Kosten: 12,- DM. Anmeldung bis zum 10.2. beim TPD.

Fortbildung Brecht und das epische Theater: Am Freitag, 5. März von 16 bis 21 Uhr, am Samstag, 6. März von 10 bis 14 Uhr. Anmeldung bis zum 14. Februar im TPD.

Fortbildung Probengeflüster Tanztheater zur Inszenierung „Dornröschen“ in der Komischen Oper: Am 5./6. März von 16 bis 21 Uhr bzw. 10 bis 14 Uhr. Anmeldung bis 28. Februar im TPD, Chausseestr. 123, 10115 Berlin, Tel. 28 39 74 86.

Diesterweg Hochschule

In folgenden Kursen im Februar sind noch Plätze frei:

2-4 Angebote speziell für Lehrkräfte unterer Klassen (LUK):

2 *Produktion und Rezeption von Texten* im Deutschunterricht der Klassen 5 und 6, mittwochs 16 – 20 Uhr, Beginn 25.2.1999
3 *Didaktische Konzepte eines handlungs- und produktorientierten Deutschunterrichts*, donnerstags 16 – 20, Beginn 4.3.1999

4 *Motivierende Übungsformen im Mathematikunterricht* der Klassen 4-6, dienstags 15 -18 Uhr, Beginn 2.3.1999

6 *Lärm – der tägliche Terror*, 20.2.1999

11 *Supervision – Hilfe für kreative Lösungen bei Schulproblemen*, 1./15./22.3.1999

12 *Yoga, Koordinations- und Entspannungsübungen für Kinder*, 5./6.3.1999

13 *Kommunikation und Moderation*. Besprechungen effektiver gestalten – Veranstaltungen sicherer moderieren

14 *Der erfahrbare Atem* nach Ilse Middendorf, 12./13.3.1999

15 *Einführung in das Tabellen- und Kalkulationsprogramm MS Excel unter Windows*, 12./13.3.1999

16 *Gestaltungspädagogik* zum Schnuppertag, 12./13.3.1999

17 *Einführung in die EDV und Textverarbeitung* Word für Windows 6.0, 12./13./14.3.1999

18 *Kreativer Tanz und Körperausdruck*, 12./13./14.3.1999

19 *Vom Schuhkarton zur Magic-Box – Sinnliche Erfahrungen* mit Papier und Karton, 12./13.3.1999

20 *Tanzen, Singen und Spielen* für Kinder, 13./20.3.1999

21 *Endlich nicht mehr stillsitzen!* Atem, Bewegung, Spiel, Psychomotorik, 13./14.3.1999

Achtung! Das neue Semesterprogramm ist erschienen!

Anmeldung und Info bei der DIESTERWEG HOCHSCHULE e.V., Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Telefon 030-21999342. Bankverb.: Berliner Sparkasse, Konto 091 000 7624, BLZ 100 500 00

Fortbildung

Sozialkundeunterricht in der Berufsschule

Ein Projekt zum Thema „Eine Welt/ Globales Lernen“ führt der Verein EPIZ für berufsbildende Schulen durch. Durch den Kontakt mit ausländischen Firmen und Kunden, durch den weltweiten Import und Export von Waren und Gütern, aber auch durch Verlagerung von Arbeitsplätzen und globale Umweltprobleme wird globales Denken/Wissen immer wichti-

ger. Das EPIZ (Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V.) unterstützt die Lehrer bei der Gestaltung des Unterrichts und bietet Fortbildungsseminare an: Am 11. März zum Thema „Praktische Ansätze und Methodenerarbeitung zum Thema Probleme in Entwicklungsländern“; am 20. Mai zum Thema „Entwicklung und Globalisierung: Was haben deutsche und lateinamerikanische Berufsschüler gemeinsam?“; am 9. Juni zum Thema „Wirtschaftspolitik und Probleme der Entwicklungsländer“. Die Veranstaltungen werden handlungsorientiert durchgeführt mit Unterstützung verschieden Medien. Informationen, Bücher und Videos können eingesehen und ausgeliehen werden: Info und Anmeldung bei EPIZ, Gneisenaustr. 67, 10961 Berlin-Kreuzberg, Tel. 692 64 19 oder über das BIL.

Medien und Pädagogik

Das Projekt Jugendkulturarbeit in Praxis (JUKU) bietet eine zweijährige Qualifizierung (150 Stunden) im Bereich neue Medien und Pädagogik an. Zielgruppe der Fortbildung sind alle, die schulische oder außerschulische Jugendarbeit leisten (möchten). Die Kurse umfassen alle Bereiche vom Internet bis zur Bearbeitung von Bildern und Graphiken sowie auch rechtliche und pädagogische Aspekte. Den Teilnehmern entstehen keine Kursgebühren. Weitere Informationen über das Projektbüro von JUKU: Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V., Krumme Str. 20, 10179 Berlin, Tel. 278 62 95

Interschul & Didacta

Die beiden bislang getrennt stattfindenden Bildungsmessen sind zusammengeführt worden: Vom 1. bis 3. März findet die Interschul-didacta in Stuttgart statt. Zum Thema „Multimedia“ werden zahlreiche Präsentationen der Verlage geboten. Programm über Verband der Schulbuchverlage, Zeppelinstr. 33, 60325 Frankfurt a.M., Tel. 069/70 30 75, Fax. 069/707 90 169, email: Verband-der-Schulbuchverlage@t-online.de.

Bildungskongress: Visionen für die Bildung im nächsten Jahrtausend

Der von der GEW Hamburg durchgeführte Kongress startet am 26. Februar um 19 Uhr mit einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Soziale Bildungsreform“ und wird am 27. Februar ab 10 Uhr mit zahlreichen Foren fortgesetzt. Programm und Anmeldung: GEW Hamburg, Rothenbaumchaus-

Fortbildungsprogramm Gestaltpädagogik

Ein Kooperationsprojekt zwischen Diesterweg Hochschule e.V., Gestaltzentrum Berlin (GZB) und TU Berlin.

Am 6. März 1999 beginnt eine neue Fortbildungsgruppe mit ihrer Arbeit. Im Mittelpunkt des über 2 1/2 Jahre geplanten Fortbildungsprogramms steht der Ansatz der Gestaltpädagogik, Lernprozesse nicht nur vom Stoff her, sondern aus der Person und ihren Beziehungen heraus zu entwickeln. Dazu ist bei vielen Pädagoginnen und Pädagogen ein intensives Umlernen erforderlich, das Selbsterfahrung und berufliche Neuorientierung einschließt.

Info und Anmeldung bei: Diesterweg Hochschule e.V., Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Telefon 219 99 342

see 15, 20148 Hamburg, Fax.: 040/44 08 77

Prävention und Prophylaxe konkret...

... heißt das Thema einer Fachtagung vom 4.-6. Juni 1999 in Schney bei Lichtenfels. Diskutiert werden Konzepte, Methoden und Medien des vorbeugenden Handelns zum Schutz von Mädchen und Jungen gegen (sexualisierte) Gewalt. Info und Anmeldung: Bundesarbeitsgemeinschaft Prävention & Prophylaxe, Postfach 1614, 96306 Kronach, Tel./Fax.: 09261-6279-23/-24.

Gesamtschulkongress

Vom 13. bis 15. Mai findet der diesjährige Bundeskongress der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) in der Fritz-Karsen-Schule in Berlin-Neukölln unter dem Motto „Traditionen und Widersprüche“ statt. Zur Eröffnungsveranstaltung und in den Diskussionsforen sprechen u.a. Günter Grass, Ulf Preuss-Lausitz und Dieter Wunder. Programm und Anmeldung über GGG e.V., Postfach 1307, 26583 Aurich, Fax: 04941/67360.

Akzeptanz- und Toleranztraining für Lehrkräfte

Ein kostenloses Training für Lehrkräfte und Schulpersonal zum Aufbau von Akzeptanz und Toleranz, zur Gewaltprävention und interkultureller Verständigung incl. umfangreichem Lehrerhandbuch für den Einsatz in WUV, Kerngruppen etc. im März und Mai bei Eine-Welt-der-Vielfalt, Te. 687 71 16. (Siehe auch BIL-Verzeichnis S.43, 61,62 und 326)

Aktivitäten

Berliner Schulkinder

Im Museum für Kindheit und Jugend ist Ende Januar die Ausstellung „Berliner Schulkinder vor 100 Jahren“ eröffnet worden. Das Museum befindet sich in der Wallstr. 32, 10179 Berlin-Mitte und ist geöffnet Diens- tags bis Freitags von 9 bis 17 Uhr. Gruppenbesuche und Führungen bitte anmelden: Tel. 275 03 83.

Leben in einem afrikanischen Dorf

Die Deutsche Gesellschaft der Freunde Botswanas lädt ein zu einer Lesung aus Detlef Siehls Buch „Tutume, Botswana. Leben in einem afrikanischen Dorf.“ mit Dias und Musik aus Botswana. Am Mittwoch, 10. März 1999 um 20 Uhr im Café Waati (Reinhardtstr. 30, Berlin-Mitte) und am Donnerstag, 25. März 1999 um 19.30 Uhr im Nachbarschaftsheim Mittelhof (Königstr. 42/43, Berlin-Zehlendorf)

Zeichne, was Du siehst

Unter diesem Titel läuft noch bis zum 28. Februar im Foyer des Rathauses Schöneberg eine Ausstellung mit Zeichnungen eines Kindes aus Theresienstadt/Terezin. Helga Weissová – heute eine angesehene Künstlerin – hat die meisten ihrer Theresienstadtbilder lange unter Verschluss gehalten und erst jetzt zur Veröffentlichung freigegeben. Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet. Führungen sonntags 15 und 16.30 Uhr. Zur Ausstellung ist für 28,- DM ein Bildband erschienen.

Klassentreffen

Wir suchen für ein Klassentreffen Marianne, geb. Jung, Schulabgangsjahr 1969 an der Schule Leopoldstraße. Sie war an der Bildungshochschule für Lehrer und ist jetzt vermutlich Lehrerin in Hohenschönhausen, Lichtenberg oder Weißensee. Kontakt über: 030/553 78 43

Materialien

... die vielen Morde...

Gernot Jochheim hat für das BIL eine Handreichung für die Berliner Schule erarbeitet, die sich mit allen Opfern des Nationalsozialismus beschäftigt. Die Publikation enthält für jede Opfergruppe vielfältige Materialien, Einführungsbeiträge und Hinweise. Das Buch wird vom BIL herausgegeben und erscheint unter dem Titel „... Die vielen Morde... Dem Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus“ beim Verlag Hentrich & Hentrich und kostet 24,80 DM.

Verbraucherbildung

Die Stiftung Verbraucherinstitut hatte Materialien und Medien für Schule und Erwachsenenbildung publiziert: Schul-sponsoring heute. Möglichkeiten und Grenzen für die Öffnung von Schule. 140 Seiten, 18,- DM/ Sozial-Sponsoring im Kinder- und Jugendbereich. Dokumentation einer Tagung. 72 Seiten, 18,- DM/ Watergames. Video-Cartoon und Didaktisches Begleitheft zur ökologischen Bildung. Video und Begleitheft, 24,- DM./ Lernwerkstatt Ernährung. Materialien zur Gesundheitsförderung. 140 Seiten, 24,- DM/ Die Kosten der Schönheit. Über Kosmetik und Ökologie, für SEK II. 120 Seiten, 28,-DM. Zu bestellen (zzgl. Versandkosten) über Stiftung Verbraucherinstitut, Carnotstr. 5, 10587 Berlin. Internet: www.verbraucherinstitut.de .

Flüchten – Nur Wohin?

Die gleichnamige Dokumentation ist das Ergebnis von Befragungen minderjähriger Flüchtlinge, mit deren Erwartungen die Begegnungs- und Beratungsstätte für Flüchtlinge „Oase“ konfrontiert wurde. Den Interviews sind aktuelle Beschreibungen der Lage in den Heimatländern beigelegt. Die Dokumentation eignet sich als Lehrmaterial für die Schule und ist zum Preis von 15,- DM über die OASE Pankow e.V., Berliner Str. 24, 13187 Berlin, Tel./Fax.: 471 40 71 zu beziehen

Erinnerungsarbeit

Der Katalog „Erinnerungsarbeit“ zur gleichnamigen Ausstellung in Kassel liefert Einblicke in die literarische Verarbeitung der NS-Schreckensherrschaft, beschreibt eine Bildungsreise benachteiligter Jugendlicher nach Auschwitz und gibt Anregungen zur „Erinnerungsarbeit“. Für 15,- DM erhältlich über: Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, 34127 Kassel.

Stellenbörse

Lehrer aus Neukölln (Realschule) sucht Tauschpartner aus Pankow oder Weißensee. Tel. 94 38 06 57.

Lüneburger Heide (Müden/Ö.) mod. Fewo in alter Bauernkate und gemütliches Holzhaus Südfrankreich (Provence) schönes Ferienhaus auf dem Land in ruhiger Lage. Prospekt Tel/Fax: 040-850 63 61

DALLY Großauswahl vom Fachmann
100 Klaviere, geb. 2500,-, neu 3800,-
Keyboards ab 79,-, Flügel bis zum
Spitzenfabrikat Bosendorfer
DALLY Musikhaus
Werkstätten • Orgelunterricht • Tel. 6 22 10 36
Hermannstr. 204 • 12049 Berlin • Parkplatz

PRAHA
Apartments zentrumsnah ab DM 25,-
Info (040) 280 24 15

ISLAND-SOMMER
Trekking in den Westfjorden, 25.7–8.8.99
S. Thorsteinsdóttir
Tel/Fax: 030/7444416

Anzeigen in der blz
Tel: 030/21 99 93 46

Computer-Dienst
Für Lehrerinnen und Lehrer
Grundschule Sek 1 Sek 2
Beratung und Hilfe bei der
Erstellung von
Unterrichtsmaterialien
Arbeitsbögen OH-Folien
Texte Formeln Tabellen Grafiken
Alle Fächer
Internet-Begleitung
PC-Beschaffung Training
Einrichtung Ablagesysteme
Ansprechpartner: Thomas Iransour
0173 - 20 24 774 / 694 44 91

AMATEUR PFLÜCKER
Tel: 030 21 11 78 15 00
1000 Jahre nach Charlemagne
Tel: 030 21 11 78 15 00
2003 bis 17.04.94

**Mecklenburgische Seenplatte und
Rheinsberger Seenkette**
Gruppenunterkünfte und Bungalows am See
(mit/ohne Verpflegung)
Müritz Sport
Tel: 0 54 02/12 43 • Fax: 0 54 02/18 50

Damit die Stimme wieder stimmt
Mit Körper-, Atem- und Stimmübungen
Schwingungsfähigkeit und Tonus des Körpers verbessern und lernen, die eigene Stimme müheloser einzusetzen.
Fortlaufende Gruppe:
Do, 20.00 bis 21.15 Uhr, Einzelunterricht
Atemschnuppertag:
Samstag, 20.02.99 von 11 bis 17 Uhr.
Atempraxis Gertrud Kutscher
Am Tempelhofer Berg 7D
Tel: 030/69 80 81-16

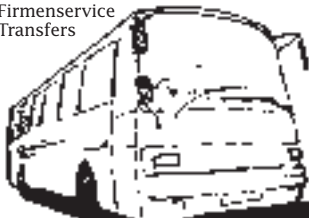
Kleinanzeigen
Nordirische Küste: Großer Caravan (2 Schlafr., Wohnzimmer, Küche, Dusche) für 4–5 Personen ab April – Sept. für 350,- DM pro Woche + NK. zu vermieten. Tel. 0 71 22/31 37.

thor oh
Haus
Ober-Ohe
Naturpark Südheide
KLASSENFahrTEN 99
Auch für Familien und Kleingruppen.
Reise: Aussteige, Fahrgelder, Halbes, Drei und Halberstädter in der Nähe, komplette Bettenwagen und Anwesen am alten Hardehof.
Höhe Klasse DM 14,-, sechs DM 17,-, Halbesraum zzgl. DM 10,-. Fw: DM 20,-, Kinder nach Alter
HOFF OBER-OHE, 29328 FASSBERG, TEL. 05827/356, Fax 05827/7335



Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers



Grenzenlos Reisen

Graefestraße 68, 10967 Berlin
Fon: 0 30-6 91 30 31/32
Fax: 0 30-6 93 14 66

KRETA FEWO's ab DM 37,-
071 56-7099 auch So
Ferienwohnungen A. Damiani
Ditzinger Str. 12 · 71254 Ditzingen

Tagungshaus in Wendland
mit kleiner Bio-Landwirtschaft und Tieren;
max. 45 Pers.; für Gruppen ab 8 Pers.
DM 15,-; nur Wochenende DM 20,-; Selbst-
Teil-, bis Voll- und Vollwert-Verpflegung
mögl., 3 abgeschlossene Wohnbereiche,
Betreuung u./od. Exkursionen vermittelbar.
29482 Meuchefitz (150 km von HH, 250 km
von Berlin, mit Bahn + Bus)
Tel. 0 58 41/ 59 77, Fax 0 58 41/ 69 76

Eastline

SCHÜLERFAHRTEN

PRAG
JÜDISCHER TAG - INKREKSIONEN
JUDISCHE LITERATUR - HEILIGUNG
SCHILBERER - SODAWER
4 TAGE OHNE PROGRAMM
p.p. AB 120 DM

KRAKAU
JÜDISCHER TAG - ALTSCHWITZ
KRAKAU - SCHILBERER
SÄTZUNGWERK - WIESEN
4 TAGE OHNE PROGRAMM
p.p. AB 120 DM

BUDAPEST
JÜDISCHER TAG - SZENTLORD
JÜDISCHER TAG - SZENTLORD
4 TAGE OHNE PROGRAMM
p.p. AB 120 DM

KARLSBAD
AUF DEM BERG SPA - BEN
4 TAGE OHNE PROGRAMM
p.p. AB 120 DM

BALAJON
7 TAGE p.p. AB 120 DM

OSTSEE- MISDROY
7 TAGE p.p. AB 120 DM

RIFSN- ISERGEBIRGE
7 TAGE p.p. AB 120 DM

HFMSTR. B 10822 BIELIN
TEL. 030 1 787 797 0
FAX (030) 707 797 11

Verlockende Reisen

Skiwandern im Land der Trolle
Zypern Wandern in den Osterferien ab 1245,- DM
Schottland West Highland Way ab 1040,- DM
Kaukasus Naturwandern ab 2840,- DM
Polen, Reiten, Wanderungen, Kanu - Stille.
Flüge und Fähren - weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin

Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

Radtouren europaweit
Natur aktiv erleben, z. B.
Skandinavien, Frankreich, Island,
Wesuren u. a. - Freizeitaktivitäten!
Tel. 0467-63793 · Fax 63789
AmphiTrek · Sandbergweg 28 · 24943 Fleetsburg

CAMPO DEL'ALTISSIMO
KUNST & BEGEGNUNG
BILDHAUEREI IN MARMOR
MALEREI ZEICHNEN AKTSTUDIE
Kurse in der Toscana und
in Griechenland. Ostern bis Herbst
Info & Prospekt: c/o Rosenzweig,
Am Eichgarten 15, 12167 Berlin
Tel./Fax: 030/795 60 00
<http://www.campo-altissimo.com>

Klassenfahrten
bis zur 7. Klasse
Kindererholung
bis 12 Jahre
KITA-Reisen
hausteigene großes Hallenwellenbad,
15 ha großes Gelände,
Grillen am Lagerfeuer, Angeln
Tischtennis, Kutschfahrten,
Ponyreiten, Fußballplatz, Volleyball,
Basketball, Reithalle
Oktober noch Plätze frei!

Mitglied im Schullandheimverband
Kinderferienort
Familie Udtke
FORELLENHOF
25785 Nordhastedt

Sternaler Reisen

Omnibusvermietung
Bus bis 49 Personen
Stadt- und Fernfahrten
Exkursionen
Transfers
Fahrräder- und Skitransporte

Arno Filter
Waldürmer Weg 9c
13587 Berlin
Tel. 3 36 49 64
Fax 3 35 51 87

ISLAND-OSTERN
Skilanglauf unter Nordlichtern 1.-11.4.99
S. Thorsteinsdóttir
Tel/Fax: 030/7444416

Selbstverpflegerhaus/Eifel

- Klassen-/Ferienfahrten
- Seminare
- 26-30 Plätze
- Vollverpflegung möglich

c/o H.G. SIEBERT
Waldstr. 33
51467 Bergisch-Gladbach
Telefon (02202) 84295

**Klassenfahrten nach Prag,
Budapest und St. Petersburg**
(incl. Transfer, Unterbringung, Programm)
Infos anfordern bei:
biss • Freiligrathstraße 3 • 10967 Berlin
Telefon 693 65 30

**Reisebus-
vermietung**

Für Touren aller Art

- 2.1e Großen - auch Doppeldecker
- Anhänger für z.B. 50 Fahrräder
- nette Fahrernnen und Fahrer

Einfach anfragen!
030 - 395 90 91

BUS-REISE-TOURS
Kaufhaus - Kottbuscher Platz - 10967 Berlin

BUS TAXI

FERN-, TRANSFER-, TAGES- und STADTRUNDFAHRTEN
Reisebusse mit 24, 36, 48 Sitzplätzen
BUS-TAXI Berlin, 13187 Wollankstr. 20
Tel. 4 85 24 00; Fax 4 85 24 09

Anzeigen in der blz
0 30 / 21 99 93 46

Cultura
Ferienhäuser
Toskana · Umbrien · Elba
Latium · Ligurien
Kaiserdamms 95 · 14057 Berlin
Tel. (030) 308 20 408 · Fax ...410
www.cultura-online.de

Bildung und Gruppenreisen

Andere Kulturen erleben - Osterferien
Südthailand - Rayong Beach
1.4. - 16.4.99 Strandhotel,
UF, Flug 1 695 DM
Nur Flug Bangkok + Taxe 1 199 DM

Dominikanische Republik
5.4. - 19.4.99, Cabarete 1 846 DM
3/4* Strandhotel, All inclusive, Flug

Klassenreise-Spezialist
Italien, Ungarn, England,
Kroatien, Tschechien

Norddorfer Pfad 13, 13503 Berlin
Tel (030) 431 00 57 · Fax 431 00 59

Billiges GELD FÜR BEAMTETE auf Lebenszeit
Auch für Beamte, deren Ernennung auf Lebenszeit bevorsteht, und DO-Angestellte auf Lebenszeit.

MASEL BANK

LANGFRISTIGE DARLEHEN
in Verbindung mit einer Tilgungsversicherung der
Stuttgarter Lebensversicherung
Zinnsatz 6,5 % pro Jahr
effektiver Jahreszins 7,0 %

Beispiel:
Kreditbetrag DM 40.000,- Darle-
hensdauer 12 Jahre, monatliche
Rate DM 420,97 incl. DM 264,30
Versicherungsbeitrag (Einkünftler 25
Jahre),
ursprüngliche Versicherungsdauer
15 Jahre, tatsächliche Laufzeit der
Lebensversicherung 12 Jahre durch
Verrechnung der Zinsenrücklegung

Seit 30 Jahren im Dienste der
Deutscher Beamtenchaft, d.B.G.

MASEL BANK Heerstr. 18/20 - 14052 Berlin 19
Postanschrift: 14004 Berlin
Telefon (030) 300 683 - 0

- SPEZIALBANK -

Bitte fordern Sie unsere Informationsschrift an. Das ist für Sie kostenlos und völlig unverbindlich.

KLASSENREISEN

BUSART-TOURS GMBH & WOLFGANG GÖDEL GBR ■

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

TOSCANA, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab DM 380,-
 SPANIEN, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab DM 365,-
 FRANKREICH, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab DM 450,-
 GRIECHENLAND, 12 Tage Rundreise ... ab DM 750,-

oder NORWEGEN ... SCHWEDEN ... ÖSTERREICH ... HOLLAND ...
 ... und viele Sonderangebote von November '98 bis März '99 !!

KLASSE REISEN

Brandenburgische Straße 18 · 10707 Berlin
 Tel. 030 - 861 95 57 · Fax 030 - 861 17 79

Der neue
 Katalog ist da:
 030-861 95 57

Ostern / Sommer / Herbst
Erlebnisreisen mit Pfiff!

Reisen in den
 Schulferien
 1999

Z.B. Ägypten - Argentinien - Chile - Ma-
 laysia/Borneo - Burma - Ecuador/Gala-
 pagos - Griechenland (Kreta/Kykladen) -
 Indonesien - Indien - Israel - Italien (Rom/
 Skizze/Sizilien/Toskana/Umbrien) - Ja-
 man - Namibia - Oman - Spanien (Andalusien/
 Mallorca) - Südafrika - Syrien/Jordanien/Lib-
 non - Tunesien - USA (NY/Kalifornien/Süd-
 osten/Route 66) - Vietnam -
 Zypern u.a.

Katalog bitte anfordern!

Lothar Kugel 12207 Berlin Tel. 771 30 10
 Studienreisen Hartmannstraße 30 Fax 771 30 133

Spezialreiseveranstalter für Klassen-/
 Gruppenfahrten nach GB, Irland und Frankreich

Sie übermitteln uns Ihre Wünsche, wir erarbeiten das Programm. Auf Wunsch Sprachunterricht. Unter-
 bringung in Gastfamilien, Jugendherbergen, Hotels. Bei Busfahrten keine Kilometerbeschränkung – das
 von Ihnen gewählte Ausflugsprogramm ist immer komplett
 im Preis enthalten. Keine Saisonzuschläge – dafür freund-
 licher Service und professionelle Abwicklung von der
 Vorbereitung bis zur Rückkehr. Auf Wunsch unterstützen
 wir Sie bei Elternversammlungen und Antragstellung.

Kataloge und Informationen:
 Märkische Schülerreisen,
 Heinstr. 53, 16341 Zepernick
 Tel: 030/944 50 11, Fax: 030/94 41 48 93

Gezielt werben – in der blz inserieren!
Anzeigen-Tel: 030/21 99 93 46

Die Reisebusvermietung **Kleine
 Fluchten**

612 58 08
 Von 11 bis 19 Uhr

Kleine Fluchten Reise GmbH
 Fax: 612 58 88

| Studienreisen / Klassenfahrten | | | |
|--------------------------------|-------------|---|------------|
| 8-Tage-Busreise z.B. nach | | 10-Tage-Busreise z.B. nach | |
| Wien | ÜF 375,- DM | Südengland | Ü 415,- DM |
| Budapest | ÜF 375,- DM | Toskana | Ü 395,- DM |
| London | ÜF 495,- DM | Südfrankreich | Ü 449,- DM |
| Prag | ÜF 389,- DM | Schweden | Ü 445,- DM |
| Paris | ÜF 438,- DM | (Unterbringung in Selbst- versorgerunterkünften) | |
| Rom | ÜF 429,- DM | | |

Alle Ausflugsfahrten inklusive:
 Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele auf Anfrage möglich!
 REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
 TELEFON (02306) 71818 • FAX (02306) 55112

Praha Der Winter Hit:
 4 Ü/F 99,-

AGARIA FACHVERANSTALTER zentrumsnahes Wohnen
 TOURS FÜR STUDIENREISEN IN DIE TSCHECHISCHE RUND-UM-DIE-UHR-BETREUUNG
 REPUBLIK & SLOWAKEI zahlen nach der Tour

Radek Byšek - Lange Reihe 48 - 20099 Hamburg - Telefon 040/ 280 24 15 - Telefax 040/ 24 55 45

Gedenkstättenfahrten

nach Polen Fahrt nach Krakau mit Besuch der Gedenkstätten Auschwitz und Birkenau
 nach Tschechien Fahrt nach Prag / Lidice / Theresienstadt mit Besuch der Gedenkstätten

FALKEN JUGENDFAHRTEN E.V.
 Kleiner Hamburger Straße 2, 10115 Berlin (Mitte)

Tel: 030 - 280 80 88
 Fax: 030 - 281 31 24
 eMail: falken@jugendfahrten.de

Auf zum Werbellinsee!
 Europäische Jugenderholungs- und Begegnungsstätte
 Mitten im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin
 Größte Kinder- und Jugendeinrichtung Deutschlands
 Freizeit – Bildung – Erholung direkt am Werbellinsee

Sonderangebot für Gruppenreisen
 gültig von Januar bis März 1999, November 1999

| | |
|--|--|
| Das Wochenpaket 119,- DM 5-Tage-Aufenthalt | Das Wochen- END paket 59,- DM 3-Tage-Aufenthalt |
|--|--|

Vollpension und Bettwäsche inklusive¹ Gratisleistung
 Wählen Sie zwei kostenlose Veranstaltungen aus folgenden Angeboten:
 Sporthalle • Videothek • Kegelbahn
 Mongolische Königsjurte

Anmeldungen unter:
 EJB Werbellinsee • Joachimsthaler Str. 20 • 16247 Joachimsthal
 Tel: 03 33 63/62 96 oder 62 97 • Fax: 03 33 63/62 71

Klassenfahrten / Falken

Film blz 1/99, S. 35

AK-Finanz

Film neu!!!